



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV
Internationales

Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Kantone

Aargau	4
Appenzell Ausserrhoden	5
Appenzell Innerrhoden	6
Basel-Landschaft	10
Basel-Stadt	11
Bern	14
Freiburg / Fribourg	15
Genève / Genf	19
Glarus	20
Graubünden	23
Luzern	24
Neuchâtel / Neuenburg	25
Nidwalden	29
Obwalden	30
Schaffhausen	31
Schwyz	32
Solothurn	33
St. Gallen	34
Ticino / Tessin	35
Thurgau	39
Uri	40
Vaud / Waadt	44
Valais / Wallis	45
Zug	46
Zürich	47

Politische Parteien

Grünliberale Partei Schweiz	49
Schweizerische Volkspartei	54
Sozialdemokratische Partei Schweiz	56
Unabhängigkeitspartei up!	59

Gesamtschweizerische Dachverbände (Wirtschaft, Gemeinden, Städte und Berggebiete)

Schweizer Bauernverband	63
Schweizerischer Arbeitgeberverband	64
Schweizerischer Gemeindeverband	65
Schweizer Städteverband	66

übrige interessierte Kreise

Centre Patronal	67
Claudine Wehrli (Privatperson)	68
Coop	73
Delimpex AG	74
Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte GST	77
Helvetia Nostra - Fondation Franz Weber	80
JagdSchweiz	86
LSCV (DE) - Schweizer Liga gegen Tierversuche und für die Rechte des Tieres	87
LSCV (FR) - Ligue Suisse contre l'expérimentation animale et pour les droits des animaux	93
Schweizer Tierschutz STS	96
Stiftung für das Tier im Recht	100
Swiss Textiles	106
SwissFur	110
Vier Pfoten - Stiftung für Tierschutz	113
WWF Schweiz	117
Zürcher Tierschutz	120

**DEPARTEMENT
GESUNDHEIT UND SOZIALES**

Amt für Verbraucherschutz

Alda Breitenmoser, Dr. med. vet.
Amtsleiterin
Obere Vorstadt 14, 5000 Aarau
Telefon direkt 062 835 30 21
Telefon zentral 062 835 30 20
Fax 062 835 30 49
alda.breitenmoser@ag.ch
www.ag.ch/dgs

Per e-Mail an:
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit
und Veterinärwesen
Abteilungen Internationales
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

26. April 2019

Änderung der Pelzdeklarationsverordnung; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Februar 2019 eröffnete das eidgenössische Departement des Innern (EDI) die Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung.

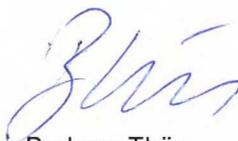
Im Namen des Kantons Aargau danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Absicht des EDI, Pelzprodukte zukünftig bezüglich deren Echtheit, Herkunft und Gewinnungsart zu deklarieren, wird von uns begrüsst.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse



Alda Breitenmoser
Amtsleiterin



Barbara Thür
Kantonstierärztin

Kopie

- vernehmlassungen@blv.admin.ch



Departement Bau und Volkswirtschaft, 9102 Herisau

Eidg. Departement des Innern EDI
(vernehmlassungen@blv.admin.ch)

Dölf Biasotto
Regierungsrat

Herisau, 6. Mai 2019

Eidg. Vernehmlassung; Änderung der Pelzdeklarationsverordnung; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden ist mit der geplanten Änderung der Pelzdeklarationsverordnung einverstanden und hat keine Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

Dölf Biasotto

Kopie an:

- Intern: AWA



KANTON
APPENZEL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidg. Departement des Innern
3003 Bern

Appenzell, 4. April 2019

Eingang Papier am:

05. APR. 2019

BLV
Elektronisch erfasst!

Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Februar 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung zukommen lassen.

Die Standeskommission begrüsst die Vorlage.

Grundsätzlich sind zusätzliche Deklarationspflichten als technische Handelshemmnisse abzulehnen. In begründeten Fällen können sie jedoch gerechtfertigt sein. Im vorliegenden Fall besteht ein berechtigtes Interesse an einer umfassenden Herkunftsbezeichnung. Mit der zusätzlichen Deklaration wird die Information der Konsumentinnen und Konsumenten verbessert. Gleichzeitig ist der Zusatzaufwand gering. Die vorgeschlagene Verordnungsanpassung erscheint damit genügend begründet.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Beilage: Auswertungsformular

Zur Kenntnis an:

- vernehmlassungen@blv.admin.ch
- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Obereggen
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Appenzell Innerrhoden
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : AI
Adresse, Ort : Marktgasse 2, 9050 Appenzell
Kontaktperson : Marco Seydel
Telefon : 071 788 93 11
E-Mail : info@vd.ai.ch
Datum : 4. April 2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

1	Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
	Allgemeine Bemerkungen
	<p>Die Ständekommission begrüsst die Vorlage.</p> <p>Grundsätzlich sind zusätzliche Deklarationspflichten als technische Handelshemmnisse abzulehnen. In begründeten Fällen können sie jedoch gerechtfertigt sein. Im vorliegenden Fall besteht ein berechtigtes Interesse an einer umfassenden Herkunftsbezeichnung. Mit der zusätzlichen Deklaration wird die Information der Konsumentinnen und Konsumenten verbessert. Gleichzeitig ist der Zusatzaufwand gering. Die vorgeschlagene Verordnungsanpassung erscheint damit genügend begründet.</p>

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen		
Allgemeine Bemerkungen		
keine		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Department des Innern
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

(per Mail an vernehmlassungen@blv.admin.ch)

Liestal, 30. April 2019

Vernehmlassung der Pelzdeklarationsverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Berset

Mit dem Schreiben vom 8. Februar 2019 lädt das Eidgenössische Departement des Innern ein, im Rahmen der Vernehmlassung zur Pelzdeklarationsverordnung Stellung zu nehmen. Wir danken für die Gelegenheit und möchten Ihnen folgende kurze Rückmeldung geben:

Wir begrüssen die Verordnungsänderungsvorschläge. Damit wird die rechtliche Grundlage geschaffen, dass Konsumentinnen und Konsumenten das Herkunftsland und die ursprüngliche Halterungsart des Tieres erfahren können. Bei unklarer Herkunft werden zur Warnung alle nicht tier-schutzkonformen möglichen Halterungsarten auf dem Etikett oder Preisschild ersichtlich sein.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Basel-Stadt
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : BS
Adresse, Ort : Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel
Kontaktperson : Herr Dr. med. vet. Michel Laszlo, Leiter Kantonales Veterinäramt / Kantonstierarzt
Telefon : 061 267 58 34
E-Mail : michel.laszlo@bs.ch
Datum : 02.04.2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. [Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)

1. Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
Allgemeine Bemerkungen
Die Änderung der Pelzdeklarationsverordnung wird vom Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt grundsätzlich begrüsst. Er erachtet die Deklaration "Herkunft unbekannt" allerdings als ungenügend. Es besteht diesfalls nämlich ein erhebliches Missbrauchspotential, da der Verkäufer die Herkunft von Pelzen und Pelzprodukten, welche mutmasslich aus einem problematischen Land stammen, leichtfertig verschleiern kann.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
4 Absatz 4	Der Verkauf von Pelzen und Pelzprodukten mit der Deklaration "Herkunft unbekannt" birgt ein erhebliches Missbrauchspotential in sich, da die Verkäufer die geographische Herkunft von Pelzen und Pelzprodukten auf diese Weise leichtfertig verschleiern können. Kann die Herkunft des Fells nicht einem Land zugeordnet werden, so ist entsprechend der bisherigen Regelung gemäss Art. 4 Abs. 3 mindestens der kleinstmögliche geografische Raum anzugeben, aus dem das Tier stammt.	Artikel 4 Absatz 4 ist zu streichen.

Münsterplatz 3a
Postfach
3000 Bern 8
Telefon 031 633 48 44
Telefax 031 633 48 52
info.vol@vol.be.ch
www.vol.be.ch

Herr Bundesrat
Alain Berset
Eidgenössisches Departement
des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Bern, 24. April 2019

Vernehmlassung: Änderung der Pelzdeklarationsverordnung; Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung.

Die vorgesehenen Änderungen der Pelzdeklarationsverordnung führen zu einem vertretbaren Mehraufwand bei den Verkaufsstellen. Sie schafft für die Konsumenten Transparenz über die Herkunft und die Gewinnungsart der Pelze und Pelzprodukte. Aus diesen Gründen stimmen wir der vorgeschlagenen Einführung einer Deklarationspflicht für „Echtpelz“ sowie der Präzisierung der Gewinnungsarten der Pelze und Pelzprodukte zu.

Freundliche Grüsse

Der Volkswirtschaftsdirektor



Christoph Ammann
Regierungsrat

Kopie

- André Nietlisbach, Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion
- Christian Hofer, Amtsvorsteher, Amt für Landwirtschaft und Natur
- Reto Wyss, Kantonstierarzt, Veterinärdienst
- Silvia Kollar-Jakob, beco Berner Wirtschaft
- michelle.vock@blv.admin.ch
- vernehmlassung@blv.admin.ch
- Sylvan Hodler, Geschäftskontrolle



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Inselgasse 1
3003 Berne

Document PDF et Word à :
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Fribourg, le 14 mai 2019

Modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures – Réponse à la consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

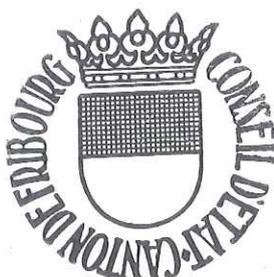
Votre courrier du 8 février 2019 relatif au projet cité en titre nous est bien parvenu et nous vous remercions d'associer le canton de Fribourg à cette consultation.

Nous saluons le projet et vous informons que le Conseil d'Etat du canton de Fribourg n'a pas de remarque à formuler.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen
Président



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Annexe

—
formulaire complété



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI
**Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV**
Droit

Consultation relative à la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures Consultation du 11 février 2019 au 17 mai 2019

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : Le Service de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires

Sigle de l'entreprise / organisation / service : SAAV

Adresse, lieu : Impasse de la Colline 4, 1762 Givisiez

Interlocuteur : Dr Grégoire Seitert

N° de téléphone : 026 305 80 00

Adresse électronique : Gregoire.Seitert@fr.ch

Date : 8 mars 2019

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 17 mai 2019 à l'adresse suivante:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

Table des matières

1. [Remarques générales sur la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures](#)
2. [Remarques sur les différentes dispositions](#)

1	Remarques générales sur la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures
	Remarques d'ordre général
	Le Service de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires salue le présent projet et n'a pas de remarque particulière.

2 Remarques sur les différentes dispositions

Remarques d'ordre général

Art.	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

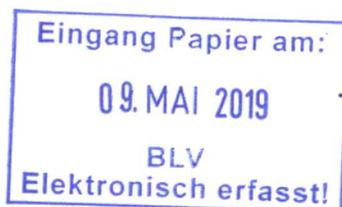
Genève, le 8 mai 2019

Le Conseil d'Etat

2089-2019



Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Inselgasse 1
3003 Berne



Concerne : modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons pris bonne connaissance de votre courrier du 8 février 2019, relatif à l'objet cité sous rubrique, dont le contenu a retenu toute notre attention.

Notre Conseil salue le projet de modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures tel que proposé, celui-ci allant dans le sens d'une meilleure information pour les consommateurs sur l'authenticité, la provenance et le mode d'élevage des produits.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michèle Righetti

Le président :

Antonio Hodgers

Copie à : (via mail) vernehmlassungen@blv.admin.ch



Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Kanton Glarus GL, Volkswirtschaftsdepartement DVI, Wirtschaft und Arbeit AWA
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : GL / DVI / AWA
Adresse, Ort : Zwinglistrasse 6
Kontaktperson : Heinz Martinelli
Telefon : 055 646 66 20
E-Mail : awa@gl.ch
Datum : 08.04.2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. [Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
2. [Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1	Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
	Allgemeine Bemerkungen
	<p>Der Kunde möchte wissen, ob ein Produkt tierischer Herkunft ist, oder ob es sich um Kunstpelz handelt. Echtpelz soll deshalb als solcher deklariert werden müssen.</p> <p>Die Vorlage hat weder finanzielle, noch personelle Auswirkungen auf Bund, Kantone und Gemeinden. Weiter hat es keine grosse Auswirkung auf die Volkswirtschaft. Summa summarum unterstützen wir die Vorlage.</p>

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Die Regierung
des Kantons Graubünden

La regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni



Sitzung vom

14. Mai 2019

Mitgeteilt den

14. Mai 2019

Protokoll Nr.

363

Eidgenössisches Departement
des Innern (EDI)

per E-Mail an: vernehmlassungen@blv.admin.ch

Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 8. Februar 2019 in erwähnter Sache und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Regierung des Kantons Graubünden befürwortet die Revision. Die neuen Regeln scheinen geeignet zu sein, im Bereich der sensiblen Pelzproblematik vermehrte Transparenz zu schaffen und der Kundschaft beim Kaufentscheid zu helfen.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin



Do. 14.02.2019 12:28

Lörtscher Matthias BLV

Kanton LU: Verzicht auf Stellungnahme Pelz

An _BLV-Vernehmlassungen

Hallo

Kam direkt bei mir rein...

Gruss

Mathias

Von: Roos Erwin <Erwin.Roos@lu.ch>

Gesendet: Donnerstag, 14. Februar 2019 11:03

An: Lörtscher Matthias BLV <Matthias.Loertscher@blv.admin.ch>

Cc: Steffen Debora <Debora.Steffen@lu.ch>; Vogler Hanspeter <Hanspeter.Vogler@lu.ch>; Kantonschemiker LU <silvio.arpagaus@lu.ch>

Betreff: Verzicht auf Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Lörtscher

Wir beziehen uns auf das Schreiben des EDI vom 8. Februar 2019 zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung.

Die Kantone haben in dieser Sache keine Aufgaben, weshalb wir auf eine Stellungnahme verzichten.

Freundliche Grüsse

Erwin Roos
Departementssekretär

KANTON LUZERN
Gesundheits- und Sozialdepartement
Bahnhofstrasse 15
6002 Luzern

Telefon 041 228 60 83
Zentrale 041 228 60 84
erwin.roos@lu.ch
www.gsd.lu.ch



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Par courriel :
vernehmlassungen@blv.admin.ch
Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Palais fédéral
3003 Berne

Modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures

Monsieur le conseiller fédéral,

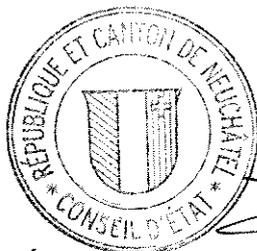
Nous vous remercions de nous avoir consulté au sujet du projet de modification susmentionné et vous prions de trouver ci-joint le questionnaire y relatif muni de nos avis.

À l'exception des méthodes admises pour l'affichage des déclarations obligatoires, nous approuvons les modifications envisagées. Elles visent une meilleure information des consommateurs et consommatrices, dans un domaine devenu très sensible. Même s'il est parfois permis de douter de la véracité de certaines déclarations, chaque indication supplémentaire exigée permet un achat plus ciblé, en adéquation avec les valeurs des acheteurs et acheteuses.

Nous refusons par contre l'inscription de l'authenticité de la fourrure, de sa provenance et de son origine sur un panneau indiquant le prix du produit. Cette possibilité offerte sera à n'en pas douter source d'erreurs volontaires ou non entre différentes fourrures présentées à la vente sur un même lieu. À notre avis, chaque fourrure devrait être munie d'une étiquette individuelle, indissociable de l'article auquel elle se rapporte.

Réitérant nos remerciements de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 30 avril 2019



Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. KURTH

La chancelière,
S. DESPLAND

Annexe mentionnée



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI
**Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV**
Droit

Consultation relative à la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures Consultation du 11 février 2019 au 17 mai 2019

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : République et canton de Neuchâtel

Sigle de l'entreprise / organisation / service : NE

Adresse, lieu : Château, 2001 Neuchâtel

Interlocuteur : Pierre-François Gobat, vétérinaire cantonal

N° de téléphone : 032 889 68 30

Adresse électronique : Pierre-Francois.Gobat@ne.ch

Date :30.04.2019

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 17 mai 2019 à l'adresse suivante:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

Table des matières

1. Remarques générales sur la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures
2. Remarques sur les différentes dispositions

1 Remarques générales sur la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures

Remarques d'ordre général

Les modifications proposées sont globalement pertinentes et visent une meilleure information des consommateurs et consommatrices , dans un domaine devenu très sensible. Elles permettent notamment une déclaration plus précise du type de fourrure (véritable ou synthétique). D'une manière générale, si le but de l'ordonnance est louable, il est parfois permis de douter de la véracité de certaines déclarations, comme la traçabilité, les méthodes de chasse ou les conditions réelles de détention dans l'élevage. Mais chaque indication supplémentaire exigée permet un achat plus ciblé, plus en adéquation avec les valeurs des acheteurs et acheteuses.

L'inscription des déclarations obligatoires sur un panneau indiquant le prix du produit est par contre rejetée, car source potentielle d'erreurs, volontaires ou non. Selon nous, chaque fourrure devrait être munie d'une étiquette individuelle, indissociable de l'article auquel elle se rapporte.

2 Remarques sur les différentes dispositions

Remarques d'ordre général

Nous remarquons que les propositions faites ne remplissent pas les attentes placées dans le titre du postulat 14.4286, à savoir mettre un terme à l'importation et à la vente de produits de la pelletterie provenant d'animaux ayant subi des mauvais traitements. Le Conseil fédéral évite, dans son projet, les questions de la qualité des conditions de détention des animaux ou des méthodes de mise à mort des animaux, qui auraient mérité d'être abordées.

Art.	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
7, al.1	Les déclarations concernant la fourrure devraient être fixées de manière pérenne à l'article et non sur une étiquette collée et encore moins sur un panneau indiquant le prix du produit.	2 ^{ème} phrase de l'article : Ces déclarations doivent être inscrites sur une étiquette fixée de manière pérenne à l'article.



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Departement des Innern
Herr Bundesrat Alain Berset
Generalsekretariat GS-EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 9. April 2019

Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Februar 2019 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung mit der Bitte, bis zum 17. Mai 2019 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung, teilen Ihnen jedoch mit, dass wir auf eine Stellungnahme verzichten.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Res Schmid
Landammann




lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- vernehmlassungen@blv.admin.ch

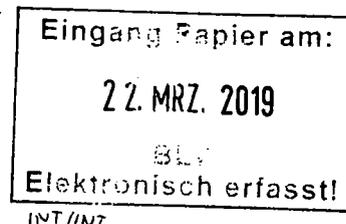


Kanton
Obwalden

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements VD

CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, VD

B-Post
Eidgenössisches Departement des
Inneren EDI
Herr Mathias Lörtscher
Inselgasse 1
3003 Bern



Sarnen, 18. März 2019

**Änderung der Pelzdeklarationsverordnung;
Stellungnahme.**

Sehr geehrte Damen und Herren
Sehr geehrter Herr Lörtscher

Vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung.

Wir verzichten jedoch auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Daniel Wyler
Regierungsrat

Kopie an:
– Staatskanzlei (OWSTK. 3422)

St. Antonistrasse 4, 6060 Sarnen
Postadresse: Postfach 1264, 6061 Sarnen
Tel. 041 666 63 30, Fax 041 660 11 49
volkswirtschaftsdepartement@ow.ch
www.ow.ch

Telefon 052 632 74 61
Fax 052 632 77 51
sekretariat.di@ktsh.ch

Departement des Innern

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit
und Veterinärwesen BLV
3003 Bern

Per E-Mail an:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Schaffhausen, 16. Mai 2019

Vernehmlassung betreffend Änderung der Pelzdeklarationsverordnung; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Februar 2019 haben Sie die Kantone zu einer Vernehmlassung in oben erwähnter Angelegenheit eingeladen. Ihre Einladung wurde zuständigkeitshalber an das Departement des Innern weitergeleitet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und lassen uns wie folgt vernehmen:

Wir begrüssen grundsätzlich die vorgeschlagenen Anpassungen der Pelzdeklarationsverordnung, welche einen Beitrag zu einer Reduktion der Inverkehrbringung tierquälerisch produzierter Pelzprodukte leisten können. Auf eine detaillierte Stellungnahme verzichten wir jedoch.

Für die Kenntnisnahme und die wohlwollende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen. Für Rückfragen steht Ihnen Herr Dr. iur. Andreas Vögeli, Departementssekretär und Jagdverwalter (Tel. 052 632 74 62), gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Der Departementsvorsteher



Walter Vogelsanger, Regierungsrat

Kopie z.K.:
– Veterinäramt
– Interkantonales Labor

6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

An das
Eidgenössische Departement des Innern

vernehmlassungen@blv.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 16. April 2019

Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 8. Februar 2019 laden Sie die Kantonsregierungen zur Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung ein.

Wir teilen Ihnen mit, dass der Regierungsrat des Kantons Schwyz die Änderung der Pelzdeklarationsverordnung begrüsst.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, unsere vorzügliche Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



Kaspar Michel
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch



Bundesamt für
Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen
Abteilung Internationales
Frau Michelle Vock
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

23. April 2019

Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Inneres EDI, hat mit Schreiben vom 8. Februar 2019 die Kantone zur Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung eingeladen. Wir nehmen dazu gerne Stellung.

Die vorgeschlagenen Änderungen verfolgen zwei Ziele. Die Einfuhr und der Verkauf von tierquälerisch erzeugten Pelzprodukten soll bekämpft werden. Gleichzeitig sollen die Konsumentinnen und Konsumenten auf einfache Art und Weise erkennen können, ob sie einen Echtpelz oder einen Kunstpelz erwerben. Die angestrebten Ziele sind begrüssenswert. Wir unterstützen deshalb die vorgeschlagene Änderung der Pelzdeklarationsverordnung. Zu den einzelnen Bestimmungen haben wir keine Anmerkungen.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES


Roland Furst
Landammann


Andreas Eng
Staatschreiber



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesgasse 3
3000 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 16. April 2019

**Änderung der Verordnung über die Deklaration von Pelzen und Pelzprodukten;
Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken für Ihr Schreiben vom 8. Februar 2019 und die Gelegenheit, uns zu den geplanten Änderungen der Verordnung über die Deklaration von Pelzen und Pelzprodukten (SR 944.022) äussern zu können.

Die vorgeschlagenen Änderungen erscheinen uns vernünftig und dienen dem Ziel, Konsumentinnen und Konsumenten besser zu informieren. Wir begrüssen speziell die neue, zwingende Deklaration in Bezug auf Echtpelz und Herkunft des Pelzes (Jagd, Zucht), was die Transparenz und die Erkennung von Produkten aus der Jagd stärkt.

Die Regierung des Kantons St.Gallen begrüsst die vorgeschlagenen Änderungen und hat keine weiteren Bemerkungen anzubringen.

Im Namen der Regierung


Stefan Kölliker
Präsident


Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

1663

cl

0

3 aprile 2019

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

PER E-MAIL

Ufficio federale della sicurezza
alimentare e di veterinaria USAV
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Berna

Invio per posta elettronica:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Procedura di consultazione - modifica dell'ordinanza sulla dichiarazione delle pellicce

Gentili Signore, egregi Signori,

ci riferiamo alla consultazione menzionata in epigrafe e tramite la presente vi ritorniamo il modulo di risposta.

Ringraziandovi per l'opportunità accordata di esprimersi in materia, vogliate gradire, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Claudio Zali

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Allegato: menzionato

Copia:

- Divisione economia (dfe-de@ti.ch);
- Divisione della salute pubblica (dss-dsp@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in internet.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Dipartimento federale dell'interno DFI

**Ufficio federale della sicurezza alimentare e
di veterinaria USAV**
Diritto

Procedura di consultazione relativa alla modifica dell'ordinanza sulla dichiarazione delle pellicce Consultazione dal 11 febbraio 2019 al 17 maggio 2019

Parere di

Nome / azienda / organizzazione / ufficio: Consiglio di Stato del Cantone Ticino

Abbreviazione dell'azienda / dell'organizzazione / dell'ufficio:

Indirizzo, luogo: Residenza governativa, 6500 Bellinzona

Persona di contatto:

Telefono:

E-mail:

Data:

Indicazioni importanti:

1. Si prega di non modificare la formattazione del modulo.
2. Utilizzare una nuova riga per ogni articolo.
3. Inviare i pareri in forma elettronica quale documento **Word**, entro il 17 maggio 2019, al seguente indirizzo:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Ufficio federale della sicurezza alimentare e
di veterinaria USAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berna
Tel. +41 58 463 30 33
info@usav.admin.ch
www.usav.admin.ch

Indice

1. [Osservazioni generali sulla modifica dell'ordinanza sulla dichiarazione delle pellicce](#)
2. [Osservazioni sui singoli articoli](#)

1	Osservazioni generali sulla modifica dell'ordinanza sulla dichiarazione delle pellicce
	Osservazioni generali
	Vi informiamo che non abbiamo osservazioni particolari da formularvi e che salutiamo favorevolmente la nuova normativa.

2 Osservazioni sui singoli articoli

Osservazioni generali

Articolo	Commento / Osservazioni	Proposta di modifica (testo proposto)

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Departement des Innern EDI
Herr Alain Berset
Bundesrat
3003 Bern

Eingang Papier am:
09. MAI 2019
BLV
Elektronisch erfasst!

EINGEGANGEN
- 9. Mai 2019
Registratur GS EDI

Frauenfeld, 7. Mai 2019

Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Stellung nehmen zu können.

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Änderungen der Pelzdeklarationsverordnung.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Eingang Papier am:

22. MRZ. 2019

BLV
Elektronisch erfasst!

INT/INT



EINGEGANGEN

21. März 2019

Registrierung GS EDI

Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Schwanengasse 2
3003 Bern

Änderung der Pelzdeklarationsverordnung; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 8. Februar 2019 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zu den Änderungen der Pelzdeklarationsverordnung (SR 944.022) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat des Kantons Uri begrüsst die Änderungen und verzichtet auf eine detaillierte Stellungnahme.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 20. März 2019



Im Namen des Regierungsrats
Der Landammann Der Kanzleidirektor

Roger Nager

Roman Balli

Beilage

- Formular



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Regierungsrat Kanton Uri

Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :

Adresse, Ort : Rathausplatz 1

Kontaktperson :

Telefon : +41 41 875 2007

E-Mail : ds.la@ur.ch

Datum : 12. März 2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

1. **Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung**

Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat des Kantons Uri begrüsst die Änderungen und verzichtet auf eine detaillierte Stellungnahme.

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen		
Allgemeine Bemerkungen		
Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Philippe Leuba
Conseiller d'Etat

Rue Caroline 11
1014 Lausanne

Chef du Département de l'économie, de l'innovation et du sport

Département fédéral de l'intérieur
M. le Conseiller fédéral Alain Berset
Inselgasse 1
CH-3003 Berne

Réf. : 672'903

Lausanne, le 17 mai 2019

Consultation relative à la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures

Monsieur le Conseiller fédéral,

Je me réfère à votre courrier du 8 février 2019 invitant le gouvernement cantonal à se déterminer sur la modification de l'ordonnance mentionnée sous rubrique, ce dont je vous remercie. L'Office des affaires extérieures m'a chargé d'y répondre au nom du Conseil d'Etat vaudois.

De façon générale, je salue le but poursuivi par l'ordonnance qui vise à sensibiliser tant les fournisseurs que les consommateurs à la problématique de la production de fourrure et à permettre à ces derniers d'acheter en connaissance de cause, afin d'influencer la demande sur le marché suisse et de contribuer en fin de compte à réduire l'importation des produits de pelleterie provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements.

Plus particulièrement, j'observe que les nouvelles dispositions proposées renforcent le renseignement apporté au consommateur acheteur de fourrures ou de produits de pelleterie animale en l'informant de manière transparente sur l'origine du produit qu'il achète et lui permettant d'obtenir la garantie que l'animal dont il acquiert la peau a été traité d'une manière qui correspond à son éthique. À cet égard, l'ensemble des dispositions nouvelles formalisent une obligation d'indication sur l'étiquetage des produits concernés de nature à contribuer efficacement à une souhaitable transparence au sujet de la provenance de ces produits particuliers.

Le Canton de Vaud salue le travail effectué et soutient sans réserve les modifications proposées pour l'ordonnance sur la déclaration des fourrures et des produits de la pelleterie.

Me tenant à votre entière disposition ainsi qu'à celle de votre département pour tout renseignement complémentaire que vous pourriez souhaiter, je vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de ma respectueuse considération.

Le Chef du département.

Philippe Leuba
Conseiller d'Etat

Envoi sous format électronique à : vernehmlassungen@blv.admin.ch

Copies à :

- M. Roland Ecoffey, OAE
- M. François Vodoz, SG-DEIS



Conseil d'Etat
Staatsrat

CP 478, 1951 Sion

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS



2019.01369

Département fédéral de l'intérieur
Monsieur Alain Berset
Conseiller fédéral
Palais fédéral est
3003 Berne

Notre réf. SCA/GD/NNR
Votre réf. /

Date 3 avril 2019

Eingang Papier am:
05. APR. 2019
BLV
Elektronisch erfasst!

Modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures - Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais a pris connaissance avec intérêt du projet de modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures et vous remercie de l'opportunité qui lui est donnée de faire part de sa détermination.

Le Canton du Valais est favorable aux modifications proposées. Il n'a pas de remarque particulière ni de commentaire à formuler.

En restant à votre disposition pour tout complément utile, nous vous présentons, Monsieur le Conseiller fédéral, nos respectueuses salutations.

Au nom du Conseil d'Etat

La Présidente


Esther Waeber Kalbermatten



Le Chancelier


Philipp Spörri

Copie à par courriel à vernehmlassungen@blv.admin.ch



Place de la Planta, CP 478, 1951 Sion
Tél. 027 606 21 00 · Fax 027 606 21 04



Volkswirtschaftsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement
des Innern EDI
Bundesrat Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

T direkt +41 41 728 55 01
silvia.thalmann@zg.ch
Zug, 26. März 2019 BIPR
VD VDS 6 / 290 - 52495

Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 8. Februar 2019 laden Sie uns zur Stellungnahme zu oben genanntem Be-
treff ein.

Wir können Ihnen hiermit mitteilen, dass der Kanton Zug die Änderungen für gut befindet und
auf eine detaillierte Stellungnahme verzichtet.

Freundliche Grüsse
Volkswirtschaftsdirektion

Silvia Thalmann-Gut
Regierungsrätin

Kopie (per E-Mail) an:

- vernehmlassungen@blv.admin.ch
- Staatskanzlei (zur Veröffentlichung auf der Homepage)
- Gesundheitsdirektion
- Amt für Wirtschaft und Arbeit
- Landwirtschaftsamt



 Kanton Zürich
Regierungsrat

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit
und Veterinärwesen
Abteilung Internationales
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

Eingang Papier am:
01. MAI 2019
BLV
Elektronisch erfasst!

24. April 2019 (RRB Nr. 416/2019)

Änderung der Pelzdeklarationsverordnung (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den geplanten Änderungen der Pelzdeklarationsverordnung und äussern uns wie folgt:

Zu Art. 4 Abs. 4

Wir erachten es als unbefriedigend, dass bei fehlendem Herkunfts- und Gewinnungsnachweis «Herkunft unbekannt» deklariert werden kann. Die Rückverfolgbarkeit ist in solchen Fällen nicht gegeben und somit ist unmöglich feststellbar, ob das Fell unter tierschutzwidrigen Umständen gewonnen wurde. Deshalb müsste konsequenterweise ein Verbot solcher nicht deklarierbarer Produkte erlassen werden.

Zu Art. 5

Antrag 1: Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen sei zu verpflichten, aussagekräftige Hinweise und Definitionen (z. B. Platzverhältnisse) zu den einzelnen Gewinnungsarten auszuarbeiten, die online leicht auffindbar (z. B. mit QR-Code auf der Etikette) und mit den im EU-Ausland anwendbaren Standards vergleichbar sind. Die Deklarationspflicht sollte für die Konsumentinnen und Konsumenten verständlich und möglichst aussagekräftig ausgestaltet sein, damit sie wirksam ist. Dies trifft auf die vorliegende Regelung nur teilweise zu. So erlaubt eine Deklaration wie z. B. «Boxenhaltung mit Einstreu» mangels weitergehender Angaben (z. B. bezüglich Fläche) der Konsumentin bzw. dem Konsumenten keine Beurteilung der Qualität der Tierhaltung.

Antrag 2: Es sei ein neuer Abs. 2 Bst. c zu formulieren mit «Schweizer Jagd» als Gewinnungsart von Pelzen oder Pelzprodukten.

Pelze und Pelzprodukte von einheimischen Wildtieren werden in der Schweiz und im Kanton Zürich grossmehrheitlich im Rahmen der Jagd gewonnen. Dabei werden mitunter (gerade im Siedlungsgebiet aus Sicherheitsgründen) auch Fallen eingesetzt. Im Gegensatz zu den

im Ausland verwendeten Fallen ist in der Schweiz bundesrechtlich einzig die Falle zum Lebendfang gestattet, die zudem täglich überprüft werden muss. Das Erlegen der Tiere erfolgt durch einen gezielten Fangschuss. Diese Pelzgewinnungsmethode entspricht den Anforderungen des Tierschutzgesetzes (SR 455).

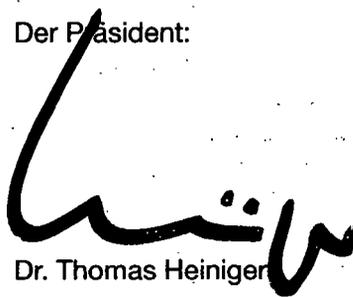
Zukünftig wären derartig gewonnene Pelze gemäss Art. 5 Abs. 3 als unklare Gewinnungsmethoden (Fallenjagd, Jagd ohne Fallen, Gruppenhaltung oder Käfighaltung mit Gitterböden) zu deklarieren, da sie nicht eindeutig einer anderen Gewinnungsart zugeordnet werden können. Bekanntlich sind gerade die so deklarierten Pelze besonders verdächtig, mittels tierquälerischer Methoden gewonnen worden zu sein. Dementsprechend sind sie für sensibilisierte Konsumentinnen und Konsumenten wenig attraktiv. Die Bezeichnung «Fallenjagd» ist in diesem Zusammenhang irreführend, weil die Konsumentin oder der Konsument unter Fallenjagd die tierschutzrelevanten Tellerfallen, Schlingenfallen, Schlagfallen usw. vermuten muss, die alle in der Schweiz verboten sind.

In seiner Antwort zum Postulat 14.4286 Bruderer Wyss «Einfuhr und Verkauf von tierquälerisch erzeugten Pelzprodukten verhindern» stellt der Bundesrat klar, dass er die tierquälerische Pelzproduktion verurteilt und er mitunter aus diesem Grund die Pelzdeklarationsverordnung erlassen habe. In diesem Sinn ist es wünschenswert und im Sinn der Postulate Bruderer Wyss und 14.4270 Hess «Pelzmarkt für einheimische Produkte stärken», dass die aus Schweizer Jagd stammenden Pelze und Pelzprodukte künftig eine eigene Bezeichnung der Gewinnungsart erhalten.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:


Dr. Thomas Heiniger

Die Staatsschreiberin:


Dr. Kathrin Arioli



Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Departement des Innern
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
3003 Bern

Per E-Mail an: vernehmlassungen@blv.admin.ch

14. Mai 2019

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlagen und den Erläuternden Bericht zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung.

Unsere Stellungnahme können Sie dem ausgefüllten Fragebogen auf den folgenden Seiten entnehmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Nationalrätin Isabelle Chevalley, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion



Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Grünliberale Partei Schweiz
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : glp
Adresse, Ort : Monbijoustrasse 30, 3011 Bern
Kontaktperson : Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion
Telefon : 079 560 56 63
E-Mail : ahmet.kut@parl.ch
Datum : 14. Mai 2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. [Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
2. [Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1 Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Allgemeine Bemerkungen

Die Grünliberalen setzen sich in erster Linie dafür ein, dass **keine tierquälerisch erzeugten Pelze und Pelzprodukte in die Schweiz eingeführt oder hier verkauft werden**, dies unter Berücksichtigung der internationalen Verpflichtungen.

Bei der Pelzdeklarationsverordnung geht es demgegenüber um die Information der Kundschaft über die Herkunft und die Gewinnungsart von Pelzen und Pelzprodukten. Die Grünliberalen begrüssen, dass mit dem vorliegenden Entwurf **Echtpelz künftig ausdrücklich als solcher deklariert werden muss**. Die Deklaration muss gut sichtbar und leicht leserlich sein. So kann die Kundschaft Echtpelz einfach von Kunstpelz unterscheiden, was einem wichtigen Informationsbedürfnis entspricht. Ebenso ist es sachgerecht, dass künftig die **Deklaration „Herkunft unbekannt“** angebracht werden muss, wenn die Herkunft des Fells keinem geografischen Raum zugeordnet werden kann. Auch das dient der Transparenz.

Im [Schlussbericht](#) der externen Evaluation der Pelzdeklarationsverordnung (Interface, Dezember 2016) werden verschiedene weitere Empfehlungen für die zukünftige Umsetzung der Pelzdeklarationsverordnung und allfällige Anpassungen an die Verordnung formuliert. Im vorliegenden Entwurf wird leider nur die Empfehlung 1 (Pflicht zur klaren Kennzeichnung von Echtpelz) umgesetzt. Die Grünliberalen fordern den Bundesrat auf, auch die übrigen Empfehlungen umzusetzen. Dies betrifft insbesondere folgende Punkte:

- Empfehlung 2: **Effizienz der Kontrollen durch die Möglichkeit von Meldungen erhöhen**. Im Evaluationsbericht wird empfohlen, für Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit zu schaffen, Verstösse gegen die Pelzdeklarationsverordnung in einem standardisierten Online-Formular dem zuständigen Bundesamt zu melden. In seinem [Postulatsbericht](#) zur Pelzdeklarationsverordnung vom 23. Mai 2018 lehnt der Bundesrat dies ab und verweist darauf, dass Konsumentinnen und Konsumenten bereits aktuell Verstösse über die Website des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen BLV (ohne Standardformular) melden (Postulatsbericht, S. 12). Nach Ansicht der Grünliberalen könnte aber ein standardisiertes Online-Formular grössere Bekanntheit erlangen und die Zahl der Meldungen vergrössern (niederschwellig) und wäre zudem mit keinem grossen Aufwand verbunden.
- Empfehlung 3: **Lücken bei der Deklarationspflicht beim Versand- und Onlinehandel schliessen**: Im Evaluationsbericht wird darauf hingewiesen, dass die Pelzdeklarationspflicht nur für Händler mit Geschäftssitz in der Schweiz gelte. Konsumenten und Konsumentinnen könnten

Produkte bei Geschäften mit Sitz im Ausland (im Versand und Onlinehandel) bestellen, bei welchen die Deklaration nicht vorgeschrieben sei. Es sei daher zu prüfen, ob diese Lücke in der Gesetzgebung geschlossen werden könne respektive mit welchen Massnahmen auch bei solchen Verkaufsstellen eine (freiwillige) Deklaration erzielt werden könnte. In seinem Postulatsbericht zur Pelzdeklarationsverordnung weist der Bundesrat darauf hin, dass eine entsprechende Ausdehnung der Deklarationspflicht noch einer vertieften Überprüfung bedürfe, sowohl in rechtlicher Hinsicht als auch bezüglich Umsetzbarkeit und Kontrollaufwand (Postulatsbericht, S. 12). Die Grünliberalen fordern den Bundesrat auf, diese Arbeiten rasch abzuschliessen und konkrete Massnahmen umzusetzen.

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

E-Mail: vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bern, 17. Mai 2019

Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Die SVP stimmt den Änderungen der Pelzdeklarationsverordnung zu. Die Verordnung präzisiert Vorschriften im Pelzhandel und -verkauf, die bisher oftmals nur sehr schwer eingehalten werden konnten. Die Änderungen werden für einen unmissverständlicheren Verkauf und Handel mit Pelzen sorgen.

Art. 2a

Die SVP unterstützt die klare Deklaration von Echtpelzen. Die Unterscheidung zwischen Echtpelzen und Kunstpelzen ist für Laien oftmals nicht möglich. Damit wird ein «über den Tisch ziehen» der Kunden beim Kauf von Pelzen in der Schweiz verhindert.

Art. 4 Abs. 4

Für die SVP ist die Möglichkeit der Beschriftung von Pelzen mit «Herkunft unbekannt» ein zentrales Element dieser Verordnungsänderung. Denn die bisherige Regelung verunmöglichte den Verkäufern oftmals eine gesetzeskonforme Beschriftung der Pelze, da deren Herkunft (vor allem bei Importen) nach bestem Wissen und Gewissen nicht sicher eruiert werden konnte.

Mit der Bezeichnung «Herkunft unbekannt» signalisiert der Verkäufer Ehrlichkeit und überlässt die Entscheidung für das Produkt dem Käufer.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassungsantwort.

Mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Albert Rösti
Nationalrat

Emanuel Waeber



Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires
Schwarzenburgstrasse 155
CH-3003 Berne

Envoi par courriel : vernehmlassungen@blv.admin.ch

Berne, le 17 mai 2019

Modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,
Madame, Monsieur,

Nous vous remercions d'avoir sollicité notre prise de position concernant le projet de modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures et de nous avoir transmis les documents y afférents.

Le but de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures consiste à sensibiliser les consommateurs/trices à la problématique de la production des fourrures et à leur permettre de prendre une décision d'achat en connaissance de cause. Cela devrait contribuer à réduire les importations d'articles en fourrure d'animaux ayant subi de mauvais traitements. Nous sommes intimement convaincus qu'une grande majorité des consommateurs/trices ont intérêt à savoir dans quelles conditions un animal a été élevé, quelle est son origine et de quelle espèce il s'agit. Pour remplir les objectifs poursuivis par la déclaration, il faudrait instaurer la plus grande transparence possible et fournir des informations absolument claires. Les déclarations existantes et prévues dans la présente révision ne répondent pas à ces exigences. Les prescriptions en matière de déclaration sont pourtant censées habiliter les consommateurs/trices à reconnaître les produits qui ne sont pas issus d'une production maltraitant les animaux.

Le rapport en réponse au postulat 14.4286 Bruderer « Mettre un terme à l'importation et à la vente de produits de la pelleterie provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements » a notamment procédé à une évaluation de l'efficacité de la déclaration des fourrures. Or, de l'avis du Parti socialiste suisse (PS), le rapport s'avère beaucoup trop positif et incomplet. A titre d'exemple, il ne couvre point la position des consommateurs/trices ainsi que des organisations de la protection des animaux. En outre, les résultats présentés relatifs à l'exécution de l'ordonnance soulignent l'inefficacité des dispositions actuelles. Entre 2014 et 2017, 235 points de vente ont été contrôlés et dans 75 à 80 % des cas, cela a

**Parti socialiste
Suisse**

Theaterplatz 4
Case postale · 3011 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch



donné lieu à des contestations. Dans de nombreux cas, l'on a constaté un non-respect des charges fixées par l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires (OSAV). Certains points de vente n'avaient même pas fait de déclaration. Dans les faits, la déclaration des fourrures n'a pas atteint sa cible. Aucune mesure n'est prévue pour les points de vente qui ne respectent pas les règles de déclaration. Dès lors, il est peu probable que la situation s'améliore.

L'évaluation a incité le Conseil fédéral à mener une consultation sur une adaptation de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures. D'une façon générale, nous nous montrons sceptiques face aux propositions de modification et les rejetons avec fermeté. La manière dont les changements devraient améliorer la situation actuelle et l'information des client-e-s apparaît complètement floue. Le PS estime qu'une interdiction pure et simple de l'importation et de la vente de fourrures en Suisse provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements serait plus efficace pour atteindre l'objectif de mettre un terme à la production d'articles de pelletterie impliquant des méthodes cruelles. Il a été démontré qu'une telle interdiction n'était pas en contradiction avec les engagements internationaux de la Suisse¹. Si le Département fédéral de l'intérieur (DFI) devait renoncer à une telle interdiction, il conviendrait d'introduire une déclaration négative de ce type : « Origine inconnue - Peut provenir d'animaux ayant subi de mauvais traitements ». Cette déclaration devrait toujours être apposée si l'origine est inconnue.

Déclaration de l'authenticité de la fourrure (art. 2a)

Pour mieux informer les client-e-s sur l'origine de la fourrure, le DFI propose de rendre obligatoire la déclaration « fourrure véritable » afin de distinguer les fourrures synthétiques des fourrures d'origine animale. Or, nous craignons qu'une telle déclaration ne promeuve la vente de fourrures issues d'animaux. Elle pourrait en effet être interprétée comme une marque de qualité, indépendamment du mode de capture ou d'élevage. En ce sens, le PS rejette cette nouvelle déclaration pour ne pas induire les consommateurs/trices en erreur.

En guise d'alternative, le PS exige que l'on appose la déclaration « Fourrure provenant d'animaux... » complétée de l'origine de la peau (élevage, chasse etc.). En revanche, si l'origine et les moyens de détention ne sont ni traçables, ni connus, la déclaration suivante devrait être prévue : « Origine inconnue – Peut provenir d'animaux ayant subi de mauvais traitements ».

Déclaration de la provenance de la peau (art. 4, al. 4)

Désormais, les points de vente devraient pouvoir utiliser la déclaration « provenance inconnue » lorsqu'ils n'ont pas pu obtenir de leur fournisseur les informations nécessaires à l'étiquetage. Certes la déclaration de la provenance n'est pas un indicateur suffisamment pertinent pour déterminer si la fourrure a été produite dans le respect de la dignité des animaux. Par contre, la simple déclaration « provenance inconnue » s'apparente à une dissimulation d'une provenance problématique. Elle pourrait en outre amener les points de vente à ne pas fournir les efforts nécessaires pour déterminer la provenance des fourrures de la manière la plus précise possible. Le PS rejette vigoureusement cette disposition. Encore

¹ Cf. N. Strohner/G. Bolliger, Zulässigkeit von Schweizer Einfuhrverboten für tierquälerisch hergestellte Produkte, in: M. Michel u. a. (Hrsg.), Animal Law – Tier und Recht. Entwicklungen und Perspektiven im 21. Jahrhundert, 2012, S. 205-237.



une fois, en cas de provenance inconnue, nous exigeons que la déclaration suivante soit apposée : « Origine inconnue – Peut provenir d’animaux ayant subi de mauvais traitements ».

Déclaration de l’origine de la peau (art. 5, al. 2, let. b, art. 2^{bis} et 3)

S’agissant de l’origine de la peau, l’ordonnance ne contraint qu’à la déclaration des moyens de détention des animaux. Or, cela ne concerne qu’un aspect de la production. L’alimentation de l’animal et la collecte de la fourrure sont des critères tout autant pertinents. Ceux-ci ne se reflètent guère dans l’ordonnance. L’exemple de l’exploitation des lapins angoras met en exergue les lacunes criantes de l’ordonnance et du projet de modification : jeûne imposé pour affaiblir les lapins et leur faire manger du lagodendron, collecte répétée des poils dans la douleur jusqu’à la mort naturelle du lapin, détention à l’étroit dans une cage grillagée de la taille de deux boîtes de chaussures (parfois en l’absence de système de récupération des urines et eaux usées) ou encore absence de protection efficace contre le froid. Tous ces éléments témoignent d’une souffrance de longue durée. A cet égard, l’ajout de l’art. 5, al. 2^{bis} apparaît insatisfaisant. Celui-ci prévoit de nouvelles options de déclaration pour le mode d’élevage des lapins si les déclarations de l’art. 5, al. 2, let. b ne sont pas pertinentes, à savoir « élevage en clapier avec litière » ou « élevage au sol avec litière ». Or, ces exemples ne sont pas parlants pour les situations décrites ci-dessus, ce d’autant plus que les litières ne sont souvent pas changées avant plusieurs semaines.

Aussi le PS juge-t-il la modification de l’art. 5, al. 3 inacceptable. Désormais, s’il n’est pas possible de déclarer de manière détaillée l’origine faute d’informations complètes, le DFI souhaite obliger à déclarer les quatre origines possibles de la peau (chasse avec ou sans piège, élevage en groupe ou élevage en cage sur sol grillagé). Cela élude également les situations décrites ci-dessus, d’autant plus que le projet de modification supprime la notion « de toutes autres formes d’élevage », actuellement en vigueur, sans aucune explication. A nos yeux, la seule véritable alternative, dans ces cas de figures, consisterait à contraindre les points de vente à déclarer l’origine de la fourrure comme suit : « Origine inconnue – Peut provenir d’animaux ayant subi de mauvais traitements ».

En vous remerciant de l’attention que vous porterez à ces quelques lignes, nous vous prions d’agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, l’assurance de notre haute considération.

Parti socialiste
suisse

Christian Levrat
Président

Jacques Tissot
Secrétaire politique



Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Unabhängigkeitspartei up!
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : up!
Adresse, Ort : Zugerstrasse 76b, CH-6340 Baar
Kontaktperson : Remo Senekowitsch
Telefon : +41 77 404 85 86
E-Mail : remo.senekowitsch@up-schweiz.ch
Datum : 29.04.19

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. [Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
2. [Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1 Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Allgemeine Bemerkungen

Die Unabhängigkeitspartei up! **lehnt jegliche Deklarationspflicht grundsätzlich ab**. Es soll jedem Konsumenten freistehen, Produkte mit oder ohne einer bestimmten Deklaration nachzufragen. Ebenso soll jeder Produzent auf diese Nachfrage entsprechend reagieren oder dies unterlassen dürfen. Jegliche gesetzliche Deklarationspflicht stellt einen ungerechtfertigten Eingriff in die Eigentums- und im speziellen Wirtschaftsfreiheit sowohl der Konsumenten als auch Produzenten dar.

Aus liberaler Sicht ist eine Deklarationspflicht eine **Umverteilung von Nicht-Deklarations-Nachfragern zu Deklarations-Nachfragern**. Dies ist aus folgendem Absatz ersichtlich.

Der zusätzliche Aufwand, welcher ein Produzent für die Deklaration einer Eigenschaft eines Produktes erbringen muss, wird an die Konsumenten weitergegeben. Ohne eine Deklarationspflicht könnten sich zwei verschiedene Nischenmärkte bilden: Ein Markt mit deklarierten Produkten und einen mit undeklarierten. Die undeklarierten Produkte können zu einem tieferen Preis verkauft werden, da sie mit weniger administrativem Aufwand produziert werden können. In dieser Situation ist es offensichtlich, dass die Deklarations-Nachfrager für die höheren Produktionskosten deklarerter Produkte selber aufkommen, indem sie höhere Preise zu zahlen bereit sind. Eine Deklarationspflicht würde die Preise für Deklarations-Nachfrager senken und für Nicht-Deklarations-Nachfrager erhöhen, was eine erzwungene Umverteilung darstellt. Zweitens könnte nur ein Markt existieren, auf welchem alle Produkte deklariert sind. In dieser Situation bezahlen zwar die Nicht-Deklarations-Nachfrager einen Teil der Zusatzkosten der Deklaration mit, dies ist jedoch aus liberaler Sicht unbedenklich, da es jedem frei steht, ein undeklariertes, günstigeres Produkt anzubieten. Dass dies in der hypothetischen Situation nicht der Fall ist, deutet darauf hin, dass ein solches Angebot unprofitabel ist, bzw. der tiefere Preis des undeklarierten Produkts den Mehraufwand differenzierter Produktion nicht rechtfertigt. Somit tragen die Nicht-Deklarations-Nachfrager keinen Schaden davon, die Deklarationskosten mitzutragen. Eine Deklarationspflicht hat in dieser Situation keinen Effekt. Drittens könnte nur ein Markt existieren, auf welchem alle Produkte undeklariert sind. Analog deutet dies darauf hin, dass ein Angebot deklarerter Produkte unprofitabel ist, bzw. der Zusatzaufwand der Deklaration durch die zusätzliche Befriedigung der Deklarations-Nachfrager nicht gerechtfertigt wird. Mit anderen Worten: Die Deklarations-Nachfrager würden die entsprechend deklarierten Produkte gar nicht kaufen, da der Preisunterschied zu den günstigeren, undeklarierten Produkten zu gross ist. Eine Deklarationspflicht würde wiederum die Nicht-Deklarations-Nachfrager zwingen, für die Bedürfnisse der Deklarations-Nachfrager zu bezahlen.

In allen drei möglichen Situationen kooperieren die Menschen auf freiwilliger Basis und versuchen dabei ihre Bedürfnisse bestmöglich zu befriedigen, ohne dabei ihren Mitmenschen zu schaden. Eine Deklarationspflicht verzerrt diese harmonische, spontane Ordnung durch das Mittel der Staatsintervention und verletzt die Eigentumsrechte von Konsumenten und Produzenten. Konsumenten können ihr rechtmässig erworbenes Geld nicht mehr gegen undeklarierte Produkte eintauschen. Umgekehrt können Produzenten ihre rechtmässig erworbenen, undeklarierten Produkte nicht mehr gegen Geld eintauschen. Es ist offensichtlich, dass Menschen welche einen solchen Handel abschliessen möchten durch die Deklarationspflicht geschädigt werden.

Die liberale Legitimation des Staates ist der **Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum**. Der Staat soll sicherstellen, dass die Menschen ihre Rechte gegenseitig respektieren, einander keinen Schaden zufügen und ausschliesslich auf freiwilliger Basis kooperieren. Jegliche Deklarationspflicht stellt eine Verletzung, wenn nicht gar Umkehrung, dieses Grundsatzes dar, da sie die Rechte der einen zum Vorteil der anderen verletzt. Aus liberaler Sicht gilt es eine solche Interessenpolitik, welche das staatliche Gewaltmonopol zur Bereicherung der einen auf Kosten der anderen missbraucht, konsequent abzulehnen.

Die Unabhängigkeitspartei up! empfiehlt dem Bundesrat daher **sämtliche Deklarationspflichten abzuschaffen**, inklusive der Pelzdeklarationspflicht.

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Per E-Mail an: michelle.vock@blv.admin.ch
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Frau Michelle Vock
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

Brugg, 16. Mai 2019

Zuständig: Jaeggi Thomas
Sekretariat: Jeanette Sacher
Dokument: 20190516_DPMÖ_PelzdeklarationsVo_def

Änderung Pelzdeklarationsverordnung - Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Vock

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den geplanten Änderungen der Pelzdeklarationsverordnung.

Generelle Bemerkungen

Der Schweizer Bauernverband begrüsst die Vorschläge für die Änderung der Pelzdeklarationsverordnung. Sie leisten ein Beitrag zur Verbesserung der Transparenz über die Herkunft und die Gewinnungsart der Pelze. Die differenzierte Deklaration der von Kaninchen stammenden Pelze wird begrüsst und unterstützt.

Es ist wichtig, dass die Pelze der Schweizer Schlachtkaninchen wieder genutzt und nicht wie heute entsorgt werden. Für den Schweizer Bauernverband ist mit dieser Verordnungsänderung die Förderung der Pelze schweizerischer Herkunft, gemäss Postulat Hess 14.4270 «Pelzmarkt für einheimische Produkte stärken» nur zum Teil erfüllt. Der Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses zeigt klar auf, dass insbesondere die Rotfuchspelze aus der inländischen Jagd nur zu ca. 38% genutzt werden. Die übrigen werden offenbar entsorgt und wie erwähnt, ist die Situation bei den Kaninchenpelzen noch schlimmer. Diese Pelze aus der Schweizer Produktion und Jagd sind als einheimische nachhaltig produzierte Ressource besser zu nutzen und die Nutzung ist zu fördern.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizer Bauernverband



Jacques Bourgeois
Direktor



Martin Rufer
Leiter Produktion, Märkte & Ökologie



Do. 18.04.2019 15:20

Maeder Sabine <maeder@arbeitgeber.ch>

Verzicht zur Stellungnahme: Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

An _BLV-Vernehmlassungen

 Sie haben am 01.05.2019 08:55 auf diese Nachricht geantwortet.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir wurden zur Stellungnahme zum oben genannten Geschäft eingeladen. Für die uns dazu gebotene Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

Da dieses Thema nicht in die Zuständigkeit der Arbeitgeber fällt, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sabine Maeder im Auftrag von Prof. Dr. Roland A. Müller, Direktor

Sabine Maeder

Assistentin

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Hegibachstrasse 47

Postfach

8032 Zürich

Tel. +41 44 421 17 17

Fax +41 44 421 17 18

Direktwahl: +41 44 421 17 42

maeder@arbeitgeber.ch

<http://www.arbeitgeber.ch>





Do, 16.05.2019 07:29

Panzeri Anna <Anna.Panzeri@chgemeinden.ch>

Keine Stellungnahme: Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

An _BLV-Vernehmlassungen

Cc Eggenberg Nathalie

Sie haben am 16.05.2019 09:21 auf diese Nachricht geantwortet.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 8. Februar 2019 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1600 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit jedoch mit, dass der SGV zu dieser Vorlage keine Stellungnahme einreicht.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Schweizerischer Gemeindeverband

Anna Panzeri

Projektleiterin

Verantwortliche Asyl, Partizipation und Wirtschaft

Laupenstr. 35, Postfach

3001 Bern

Tel. 031 380 70 05

anna.panzeri@chgemeinden.ch

www.chgemeinden.ch



SGV - Gemeinsam für starke Gemeinden

Der **Schweizerische Gemeindeverband** vertritt die Anliegen der Gemeinden auf nationaler Ebene. Er setzt sich dafür ein, dass der Gestaltungsspielraum der Gemeinden nicht weiter eingeschränkt wird. Er informiert in der **«Schweizer Gemeinde»** - [hier](#) geht es zur aktuellen Ausgabe - im Internet und an Fachtagungen über kommunalpolitisch relevante Themen und gute Praxisbeispiele. Unter den Gemeinden fördert er den Austausch, mit dem Ziel, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern.



Bundesamt für Lebensmittelsicherheit
und Veterinärwesen
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

Per Mail: vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bern, 25. Februar 2019

Änderung Verordnung über die Deklaration von Pelzen und Pelzprodukten (Pelzdeklarationsverordnung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Teilnahme verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Stv. Direktor

Martin Tschirren

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV

3003 Berne

Par courrier électronique :
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Paudex, le 12 avril 2019
PGB

**Procédure de consultation : modification de l'ordonnance sur la déclaration des
fourrures**

Madame, Monsieur,

Le Centre Patronal, en tant que prestataire de services, gère le secrétariat de SwissFur, association professionnelle suisse des métiers de la fourrure. A ce titre, nous avons pris connaissance du projet de modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures, mis en consultation par le Département fédéral de l'Intérieur. Nous avons aussi pris connaissance de la position de SwissFur, qui se déclare favorable à cette modification.

Le Centre Patronal est aussi une organisation économique qui défend les intérêts généraux de l'économie privée. A ce titre, nous souhaitons appuyer la position adoptée par les professionnels de la branche. Nous privilégions en effet une législation basée sur la liberté et la responsabilité – celles des entreprises comme celles des consommateurs – et donc sur la transparence plutôt que sur des interdictions. La modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures va fondamentalement dans cette direction et nous l'approuvons donc.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à ce qui précède, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

Centre Patronal



Pierre-Gabriel Bieri



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI
**Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV**
Droit

Consultation relative à la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures Consultation du 11 février 2019 au 17 mai 2019

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : Claudine Wehrli

Sigle de l'entreprise / organisation / service :

Adresse, lieu : Ch. du Reposoir 22, 1007 Lausanne

Interlocuteur :

N° de téléphone : 021 616 00 78 / 079 217 47 59

Adresse électronique : claudinewehrli9@hotmail.com

Date : 16 mai 2019

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 17 mai 2019 à l'adresse suivante:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

Table des matières

1. [Remarques générales sur la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures](#)
2. [Remarques sur les différentes dispositions](#)

1. Remarques générales sur la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures
Remarques d'ordre général
<p>Il est impératif que la provenance des articles en fourrure ou contenant des garnitures en fourrure soit déclarée minutieusement. Des exceptions consenties par l'Ordonnance favoriseraient les abus et représenteraient une grave atteinte au droit à l'information des consommateurs se fiant à l'étiquette.</p> <p>Une déclaration précise sur chaque vêtement en fourrure ou comportant des parties en fourrure véritable est de capitale importance compte tenu du fait que la production de fourrure implique, à de très rares exceptions près, une souffrance animale intolérable. Le consommateur doit impérativement en être informé, également du fait que ces méthodes de production sont interdites en Suisse.</p>

2. Remarques sur les différentes dispositions

Remarques d'ordre général

Art.	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
4.3	Le moins que l'on puisse attendre d'un commerçant est qu'il soit capable d'indiquer le pays d'origine des fourrures qu'il vend à ses clients. La mention de la région géographique n'est pas d'intérêt pour le consommateur, car les conditions de détention ou de capture des animaux peuvent fortement différer d'un pays à un autre à l'intérieur d'une "zone géographique".	Supprimer
4.4	A supprimer absolument! Cet article favoriserait l'importation de fourrures provenant de pays aux standards de protection des animaux très bas ou inexistantes. Il avait d'ailleurs déjà été supprimé du projet mis en consultation en 2012!	Supprimer

5.2	<p>Pour une information correcte du consommateur il est impératif d'ajouter la mention „non admis“ ou „interdit en Suisse“ lorsque les méthodes de capture ou d'élevage sont interdites en Suisse. (Similaire à la déclaration des oeufs de poules élevées en batterie, art. 4 de l'OAgrD).</p>	<p>La manière d'obtention de la fourrure doit être indiquée comme suit:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. si l'animal a été capturé dans la nature: „capturé par un piège interdit en Suisse“ ou „chassé selon des méthodes non conformes à la LChP (Loi sur la chasse suisse). Dans les cas prouvés d'animaux chassés selon des méthodes conformes à la LChP (Loi sur la chasse Suisse) on pourra renoncer à la mention „méthodes non conformes à la LChP (Loi sur la chasse Suisse)“. b. s'il s'agit d'un animal d'élevage: «élevage en groupe selon des normes interdites par la Loi sur la protection des animaux suisse » ou « élevage en cage sur sol grillagé interdit en Suisse». Si la détention en groupe, conforme aux exigences de la Loi Suisse sur la Protection des Animaux, est prouvée, on pourra renoncer à la mention „normes interdites par la LPA suisse“.
5.3	<p>Si selon l'art. 3 toute personne qui cède des fourrures...doit mentionner le nom... dont est issue la peau; a plus forte raison il est impératif que soient déclarées les condition de détention/piégeage de l'animal en question.</p>	Supprimer

<p>6.</p> <p>.</p> <p>.</p> <p>.</p> <p>10.4</p> <p>12</p>	<p>Une déclaration ne comprenant pas toutes les pièces de fourrure appliquées sur un vêtement vise clairement à induire le consommateur en erreur! Elle encouragerait le commerce de fourrures de provenance douteuse.</p> <p>La formule „peut“ doit être remplacée par „doit“ et une limite de temps doit être imposée.</p> <p>Ni l'élevage ni le piégeage des animaux à fourrure dans les pays producteurs ne correspondent aux normes de la Loi sur la protection des animaux suisse. La question de la déclaration revêt donc d'une importance capitale et toute violation des articles 3-7 ne doit en aucun cas être considérée comme „cas de peu de gravité“ selon l'art. 11 de la Loi sur l'information des consommatrices et des consommateurs (1990).</p>	<p>Supprimer</p> <p>L'OVF exige la correction de la déclaration dans les 30 jours par décision administrative.</p>
--	--	--



Fr. 22.02.2019 16:01

Ladina.Schroeter@coop.ch

Coop: Verzicht auf Stellungnahme Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

An  Vock Michelle BLV;  Lörtscher Matthias BLV

Cc  _BLV-Vernehmlassungen

Sehr geehrte Frau Vock, sehr geehrter Herr Loertscher

Mit Schreiben vom 8. Februar 2019 wurde Coop eingeladen, zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Stellung zu nehmen. Da Coop von den vorgesehenen Neuregelungen nicht betroffen ist (Verzicht auf Echtpelz im Sortiment von Coop, ausgenommen Lammfell und Kuh- und Rentierfell), möchten wir jedoch auf eine Stellungnahme verzichten.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Coop
Ladina Schröter
Wirtschaftspolitik
Hauptsitz
Thiersteinallee 12
Postfach 2550
4002 Basel
Telefon +41 61 336 72 67
Telefax +41 61 336 60 40
Mobile +41 79 656 92 42
Ladina.Schroeter@coop.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Delimpex AG
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :
Adresse, Ort : Eichenstrasse 11, 8808 Pfäffikon SZ
Kontaktperson : Herr Meinrad Odermatt, CEO
Telefon : 079 402 40 36
E-Mail : Odermatt@delimpex.ch
Datum : 28. März 2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

- [1. Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
- [2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1 Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung	
Allgemeine Bemerkungen	
Als Produzent und Vermarkter von Kaninchenfleisch und Kaninchenfellen äussern wir uns nur zu Art 5 Abs. 2	
Bei Kaninchen muss die Art der Gewinnung wie folgt angegeben werden:	
a. tierschutzkonform, nach Art.64+65 TSchV 455.1	
b. NICHT tierschutzkonform	
Erläuterungen:	
Durch diese Unterscheidung wird die Interpretation vermieden, wie die Kaninchen gehalten wurden. In der Schweizerischen Tierschutzverordnung 455.1, äussert sich der Artikel 64 in Abschnitt 8 zu den Hauskaninchen klar zur Beschäftigung sowie zur Gruppenhaltung für Jungtiere. Artikel 65 äussert sich klar zum Gehege bezüglich Struktur, Beschaffenheit und Grösse, daher sollen neue Begriffe wie Boxenhaltung oder Buchtenhaltung weggelassen werden.	
Gleichzeitig kann dadurch der Import von Kaninchenfellen einfach geklärt werden. Das Bundesamt für Landwirtschaft anerkennt heute schon Produzenten eines gleichwertigen Produktionsverbotes nach Artikel 9 Absatz 3 der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung. Dies für Fleisch von Kaninchen, welches importiert und in der Schweiz vermarktet wird.	
Felle von Kaninchen, welche importiert und in der Schweiz vermarktet werden, sind den Vorgaben für das Fleisch gleich zu stellen. Wenn Produzenten auf der Liste der vom Bundesamt für Landwirtschaft nach Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a der Landwirtschaftlichen Deklarationsverordnung (SR 916.51; LDV) anerkannten privatrechtlichen Produktionsrichtlinien sind, werden sie automatisch für das Fell gleichgestellt.	
Felle aus diesen Betrieben, die auf der Liste sind, dürfen bei der Art der Gewinnung als „tierschutzkonform“ angegeben werden, alle anderen nicht.	
Beim Entwurf der Verordnung vom 03.01.2019, dass die Art der Gewinnung entweder mit a) bei Rassekaninchen: „Boxenhaltung mit Einstreu“; b) bei Mastkaninchen: „Buchtenhaltung mit Einstreu“ angegeben werden kann, ist das für uns nicht überzeugend.	

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
5 Abs. 2 Bst. B, 2 bis und 3	Bei Kaninchen kann die Art der Gewinnung auch wie folgt angegeben werden, a. bei Rassekaninchen: "Boxenhaltung mit Einstreu"; b. bei Mastkaninchen: "Buchtenhaltung mit Einstreu" soll in der Verordnung über die Deklaration von Pelzen und Pelzprodukten eingeschränkter und präziser formuliert werden	Bei Kaninchen muss die Art der Gewinnung wie folgt angegeben werden: a. Tierschutzkonform, nach Art. 64+65 TSchV 455.1 b. NICHT tierschutzkonform



Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : GST
Adresse, Ort : Brückfeldstrasse 18, 3012 Bern
Kontaktperson : Gaëtan Hasdemir
Telefon : 031 307 35 35
E-Mail : gaetan.hasdemir@gstsvs.ch
Datum : 16. Mai 2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. [Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
2. [Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1 Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Allgemeine Bemerkungen

Die GST begrüsst die vom Gesetzgeber beabsichtigten Änderungen der Pelzdeklarationsverordnung, dies umsomehr, als dadurch sowohl dem Konsumentenschutz und durch bessere Aufklärung der Endkonsumenten indirekt auch dem Tierschutz besser Rechnung getragen wird. Das Informationsbedürfnis des Konsumenten in Bezug auf Herkunft, Herstellung und Gewinnungsart tierischer Pelzprodukte wird durch die revidierte Verordnung besser berücksichtigt. Durch die angepassten und neuen Deklarationen kommen die tatsächlichen Verhältnisse der Tierhaltung in der Pelzproduktion für den Konsumenten besser zum Ausdruck. Der neue Art. 2a, wonach jede Person, die Pelze oder Pelzprodukte an Konsumentinnen und Konsumenten abgibt, darauf die Deklaration "Echtpelz" anbringen muss, wird besonders begrüsst. Allerdings gibt die GST zu bedenken, dass in Bezug auf die Gewinnungsarten (z.B. "Käfighaltung mit Gitterböden") eine allgemeingültige Wertung fehlt und die Bedeutung solcher Deklarationen für den Endkonsumenten nicht unbedingt nachvollziehbar ist.

In Bezug auf die Deklaration "Herkunft unbekannt" wäre die GST erfreut, wenn der Endkonsument darauf hingewiesen würde, dass das betreffende Produkt möglicherweise aus einer nicht tierartgerechten Haltung stammt und das pelzliefende Tier in der Produktion gelitten haben könnte. Ein solcher Hinweis könnte entweder schriftlich oder grafisch direkt an das Produkt angebracht werden. Es sollte dadurch grundsätzlich angestrebt werden, dass keine Pelzprodukte unbekannter Herkunft gehandelt werden.

Im Allgemeinen sollte der Handel motiviert werden, die Herkunft transparent auszuweisen, sei es auch unter anderem mit der Strafandrohung bei nichtkonformer Deklaration.

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



RECOMMANDEE

Office fédéral de la sécurité
alimentaire et des affaires
vétérinaires (OSAV)
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Berne

Montreux, le 17 mai 2019

Prise de position :

- **Consultation relative à la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures**

Mesdames, Messieurs,

En référence à l'ouverture de la procédure de consultation sur le projet cité en titre, nous vous communiquons en annexe la prise de position d'Helvetia Nostra et de la Fondation Franz Weber.

Nous vous saurions gré d'enregistrer la présente prise de position et d'en tenir compte dans vos décisions.

Veillez croire, Mesdames, Messieurs, à l'assurance de nos sentiments distingués.

**Helvetia Nostra
Fondation Franz Weber**

Vera Weber, présidente

**Helvetia Nostra
Fondation Franz Weber**

Anne Bachmann, chargée d'affaires

Annexe:

- Prise de position d'Helvetia Nostra et de la Fondation Franz Weber du 17 mai 2019



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI
Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Droit

**Consultation relative à la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures
Consultation du 11 février 2019 au 17 mai 2019**

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : **Helvetia Nostra – Fondation Franz Weber**

Sigle de l'entreprise / organisation / service : **HN – FFW**

Adresse, lieu : **Case postale 1651, 1820 Montreux**

Interlocuteur : **Anne Bachmann**

N° de téléphone : **021/964.42.84**

Adresse électronique : **annebachmann@ffw.ch**

Date : **17.05.2019**

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 17 mai 2019 à l'adresse suivante:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

Table des matières

1. [Remarques générales sur la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures](#)
2. [Remarques sur les différentes dispositions](#)

1 Remarques générales sur la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures	
Remarques d'ordre général	
<ul style="list-style-type: none">• De manière générale, Helvetia Nostra – Fondation Franz Weber (<i>ci-après, HN – FFW</i>) déplorent que les autorités fédérales permettent toujours sur le territoire helvétique le commerce de fourrures issues d'animaux, dont la quasi-totalité sont détenus et tués dans des conditions totalement condamnables sur la base de la législation suisse en matière de protection des animaux. Ainsi, la détention des lapins en cage sur sol grillagé est interdite en Suisse, alors que des animaux destinés à la fourrure sont détenus exclusivement en cage sur sol grillagé dans l'UE (l'élevage en groupe n'existe pas dans l'UE et reste anecdotique), selon le rapport « <i>Déclaration obligatoire des fourrures</i> » (23.05.2018, page 14 ; <i>ci-après Rapport du 23.05.2018</i>). A travers cette ordonnance, la Suisse admet malheureusement la vente de fourrures produites dans des conditions particulièrement cruelles et s'en rend implicitement complice (ex : élevage en cage sur sol grillagé (chien viverrin, lapin, vison, renard polaire, renard roux, etc.) ; chasse avec pièges (coyote, raton laveur, etc.)), selon le document intitulé « <i>Informations générales sur les produits de la pelleterie le plus fréquemment proposés à la vente en Suisse</i> ».• A l'instar de l'interdiction d'importer des produits dérivés du phoque adoptée en Suisse, en raison des méthodes cruelles utilisées pour sa chasse, l'interdiction d'importation de fourrures en Suisse est compatible avec le droit international : Selon les exigences du GATT et l'accord OTC, les interdictions d'importer « <i>doivent être nécessaires à la réalisation des objectifs visés, c'est-à-dire qu'aucune autre disposition moins stricte ne permet d'atteindre le but politique visé.</i> » (Rapport du 23.05.2018, page 5). Or, l'objectif de réduire l'importation des produits de pelleterie provenant d'animaux ayant subi de mauvais traitements n'a pas été atteint via l'Ordonnance sur la déclaration des fourrures (« <i>Déclaration des fourrures, Bilan après une année de contrôles</i> » (23.06.2015, page 2) ; <i>ci-après Rapport du 23.06.2015 et Rapport du 23.05.2018, page 3</i>), étant donné que l'importation de fourrures issues d'animaux indubitablement détenus et tués dans des conditions contraires à la législation suisse en matière du bien-être animal n'a pas diminué, mais considérablement augmenté, et que les consommateurs n'ont pas modifié leur comportement d'achat. (« <i>Evaluation de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures et des produits de la pelleterie</i> » (Interface, 13.12.2016, pp. 4-6) ; <i>ci-après Rapport Interface du 13.12.2016 et Rapport du 23.05.2018, page 9</i>).	

L'accord OTC et l'accord de libre-échange (ALE) permettent également une telle interdiction pour réaliser un objectif légitime d'intérêt public, dont la vie ou la santé des animaux, soit le bien-être animal. Or, l'importation de fourrures issues d'animaux maltraités apparaît indéniablement contraire à la vie ou la santé des animaux (*Rapport du 23.05.2018, pp. 5-6*).

Pour le surplus, la Loi fédérale sur la protection des animaux (LPA) prévoit la possibilité d'interdire l'importation pour des raisons liées au bien-être animal (art. 14). A cet égard, HN – FFW déplorent la différence effectuée entre l'importation des fourrures de chats/chiens (interdite) et l'importation de fourrure d'autres animaux, sur le seul motif que les chats et chiens sont considérés comme animaux domestiques. (*Rapport du 23.05.2018, page 5*).

L'interdiction d'importation ne doit pas être appliquée selon l'espèce, mais selon les maltraitements subies par les animaux. En l'occurrence, l'importation de fourrures a trait indiscutablement à une majorité d'animaux maltraités.

Par ailleurs, il est possible d'interdire l'importation de fourrures issues d'animaux majoritairement maltraités en couvrant la demande par des fourrures issues d'animaux indigènes traités selon les normes suisses en matière de protection des animaux.

En effet, le Rapport du 23.05.2018 (pp. 9-10) mentionne que 90% des peaux issues d'animaux indigènes sont exportées pour la production de fourrure. Ainsi, l'application pratique d'une interdiction d'importation est concrètement réalisable.

- En conséquence, HN – FFW tiennent à souligner qu'une interdiction d'importation démontrerait le caractère pionnier de la Suisse sur la scène internationale en matière de protection du bien-être animal.
De plus, cette interdiction répondrait aux attentes de la population suisse en la matière (un sondage de GFK réalisé en 2017 démontre que 62% des personnes sondées souhaitent interdire la vente de fourrure en Suisse.)
- D'autre part, HN – FFW estiment que les autorités fédérales doivent également établir des prescriptions visant au contrôle accru des fausses fourrures sur le territoire helvétique. Le prix de la vraie fourrure étant toujours plus bas au regard des conditions dans lesquelles les animaux sont détenus et le nombre de petits articles en fausse fourrure étant en constante augmentation, le risque est très important que de la vraie fourrure se retrouve vendue dans les magasins sans aucune déclaration de provenance ou d'origine.
- Concernant l'application de l'ordonnance, HN – FFW tiennent à souligner que l'OSAV doit disposer des moyens nécessaires aux contrôles de la conformité des déclarations dans les commerces et mettre à disposition un formulaire en ligne permettant à la population de signaler les infractions à l'OSAV, selon la recommandation 2 des rapports «*Interface du 13.12.2016, pp. 6-7* » et «*Rapport du 23.05.2018, page 13* ». Dans le cas contraire, cette ordonnance restera un vœu pieux.
A cet égard, HN – FFW s'étonnent que le «*Rapport Interface du 13.12.2016* » ne mentionne aucun contrôle réalisé par l'OSAV auprès des sociétés de vente en ligne et par correspondance.
- De plus, HN-FFW déplorent fortement qu'un nombre élevé de commerces ne déclarent pas ou de manière lacunaire les articles, selon le rapport du 23.06.2015 (pp. 2-3), le rapport *Interface du 13.12.2016* (page 4) et le rapport du 23.05.2018 (pages 3 et 11).
Ce laxisme est d'autant plus injustifiable et navrant que la majorité des vendeurs considèrent que les informations à déclarer sont clairement définies dans l'ordonnance, mentionnent connaître l'application d'une déclaration correcte et affirment obtenir aisément ces informations de leurs fournisseurs (*Rapport Interface du 13.12.2016* », pages 3 et 5).

- HN-FFW constatent que la réponse aux recommandations 4 et 5 mentionnées dans les documents « *Rapport Interface du 13.12.2016* » (page 7) et « *Rapport du 23.05.2018* » (page 13) laissent une marge de manœuvre trop importante aux responsables de la branche.

En conséquence, HN – FFW proposent que les tâches de formation du personnel de vente et d'information/sensibilisation du public soient attribuées à l'administration fédéral (ex : OSAV).

2 Remarques sur les différentes dispositions

Remarques d'ordre général

La détention des lapins en cage sur sol grillagé est interdite en Suisse, alors que les animaux sont détenus exclusivement en cage sur sol grillagé dans l'UE. Bien que l'art. 5 prévoit d'apposer la mention « *élevage en groupe* », ce mode de détention n'existe pas dans l'UE, selon le rapport « *Déclaration obligatoire des fourrures* » (23.05.2018, page 14).

Les fourrures vendues en Suisse provenant majoritairement de l'étranger, il est légitime de s'interroger sur la pertinence et la véracité de l'application d'une telle mention.

A cet égard, le document intitulé « *Informations générales sur les produits de la pelleterie le plus fréquemment proposés à la vente en Suisse* » indique que l'élevage en groupe est anecdotique (uniquement les rennes).

Art.	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
Art. 4, alinéa 4	<p>HN-FFW approuvent l'insertion de cet alinéa 4, initialement prévu dans le projet soumis à consultation en 2012, mais pas intégré finalement dans la version actuelle (état : 01.03.2013).</p> <p>Cependant, HN-FFW demandent que cette déclaration « <i>provenance inconnue</i> » soit mentionnée uniquement, si la preuve est apportée qu'il est impossible de déterminer la région géographique de provenance de la peau.</p> <p>La mention « <i>provenance inconnue</i> » doit ainsi constituer une exception.</p> <p>A cet égard, le document « <i>Evaluation de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures et des produits de la pelleterie</i> » (Interface, 13.12.2016) mentionne que la majorité des vendeurs obtiennent aisément les informations de leurs fournisseurs (p. 5).</p> <p>En conséquence, cet alinéa est applicable et la déclaration « <i>provenance inconnue</i> » doit constituer une exception.</p>	<p>« S'il est clairement prouvé que la région géographique de provenance de la peau ne peut être établie, la déclaration « provenance inconnue » doit y être apposée. »</p>
Art. 5, alinéa 3	<p>Afin que le consommateur puisse être informé de la manière la plus transparente possible, il est nécessaire que le vendeur apporte la preuve de son incapacité à fournir la déclaration d'origine de la peau.</p> <p>A cet égard, le document « <i>Evaluation de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures et des produits de la pelleterie</i> » (Interface, 13.12.2016) mentionne que la majorité des vendeurs obtiennent aisément les informations de leurs fournisseurs (p. 5).</p> <p>En conséquence, cet alinéa est applicable et doit constituer une exception.</p>	<p>« S'il est clairement prouvé qu'il n'est pas possible de déclarer l'origine de la peau conformément à l'al. 2 ou à l'al. 2bis, il faut apposer la déclaration suivante : « Peut provenir d'une chasse avec des pièges ou d'une chasse sans pièges, d'un élevage en groupe ou d'un élevage en cage sur sol grillagé » ».</p>



JAGDSCHWEIZ
CHASSE SUISSE
CACCIASVIZZERA
CATSCHASVIZRA

Eingang Papier am:
29. MRZ. 2019
BLV
Elektronisch erfasst!

Per E-Mail an: michelle.vock@blv.admin.ch
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
BLV
Frau Michelle Vock
Schwarzenburgstrasse 155
3003 Bern

David Clavadetscher
Geschäftsführer

JagdSchweiz
Forstackerstrasse 2a
CH-4800 Zofingen
T 062 751 87 78
M 079 330 53 20
F 062 751 91 45
david.clavadetscher@jagdschweiz.ch

Zofingen, 28. März 2019

Änderung Pelzdeklarationsverordnung - Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Vock

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den geplanten Änderungen der Pelzdeklarationsverordnung.

Generelle Bemerkungen

JagdSchweiz begrüsst grundsätzlich die Vorschläge für die Änderung der Pelzdeklarationsverordnung. Für JagdSchweiz ist jedoch die klare Förderung der Pelze schweizerischer Herkunft, gemäss Postulat Hess 14.4270 «Pelzmarkt für einheimische Produkte stärken» damit nur zum Teil erfüllt.

Der Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses zeigt klar auf, dass insbesondere die Rotfuchspelze aus der inländischen Jagd nur zu ca. 38% genutzt werden. Die übrigen werden offenbar entsorgt. Diese Pelze aus der Schweizer Jagd sind als einheimische Ressource besser zu nutzen. Sie leisten einen Beitrag zur Verbesserung der Transparenz über die Herkunft und die Gewinnungsart der Pelze.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse


Hanspeter Egli
Präsident


David Clavadetscher
Geschäftsführer



Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : LSCV – Schweizer Liga gegen Tierversuche und für die Rechte des Tieres
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : LSCV
Adresse, Ort : Chemin des Arcs-en-Ciel 3, 1226 Thônex
Kontaktperson : Benjamin Frei
Telefon : 079 604 02 90
E-Mail : b.frei@lscv.ch
Datum : 17.5.2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. [Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
2. [Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1	Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
	Allgemeine Bemerkungen
	<p>Die LSCV – Schweizer Liga gegen Tierversuche und für die Rechte des Tieres ist der Auffassung, dass Pelz immer Tierquälerei nach Art. 26 TSchG darstellt. Deshalb ist ein Importverbot für Pelzprodukte die einzige konsequente Art, wenn das Tierschutzgesetz keine Pseudogesetz sein soll. Wie die Stiftung für das Tier im Recht (TIR) in einem in Zusammenarbeit mit Experten im Bereich des internationalen Rechts verfassten Rechtsgutachten nachgewiesen hat, dass ein solches Importverbot mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar wäre (Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).</p> <p>Trotzdem nimmt die LSCV Stellung zu den vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen. Darüber hinaus möchte sie bei dieser Gelegenheit folgende Anpassungsvorschläge und Anmerkungen zur Deklarationsverordnung anbringen:</p> <p>Art. 4 Abs. 3 Art. 4 Abs. 3 ist zu streichen. Von einem Händler muss erwartet werden dürfen, dass er das Land, aus dem ein Tier stammte, dessen Fell er verkauft, nennen kann. Die Angabe eines grösseren "geografischen Raums" ist insofern wenig aussagekräftig, als die tierschutzrelevanten Rechtsakte in der Regel von den einzelnen Staaten für ihr Gebiet erlassen werden, womit die Tierschutzbestimmungen auch innerhalb eines zusammenhängenden Gebiets teilweise stark voneinander abweichen können. Durch die blosse Kenntnis des grösseren geografischen Raums, aus dem ein Pelzprodukt stammt, kann der Konsument daher nur sehr bedingt Schlüsse bezüglich der dort vorherrschenden Tierschutzstandards ziehen.</p> <p>Art. 6</p>

Dieser Artikel ist ersatzlos zu streichen. Nur die drei grössten Fellanteile der Deklarationspflicht zu unterstellen, ist willkürlich und sachlich nicht gerechtfertigt. Felle von dieser auszunehmen, nur weil sie in einem Produkt verarbeitet werden, das noch grössere Bestandteile anderer Felle enthält, ist nicht nachvollziehbar. Die Bedeutung der Deklaration eines Fells hängt nicht davon ab, ob dieses allein oder gemeinsam mit weiteren Fellen an den Kunden abgegeben wird.

Die Bestimmung birgt zudem die Gefahr, dass grössere Pelzprodukte als "Verwertungsanlagen" für Felle dienen, die aus Fallenjagd oder Käfighaltung mit Gitterböden stammen. Diese könnten so weiterhin in grosser Zahl ohne Deklaration an die Kundschaft weitergegeben werden. Damit würde die Verordnung teilweise ausgehöhlt. Bei allen Produkten, die mehr als drei Felle enthalten, wäre der Konsument nicht mehr in der Lage, sich bewusst für oder gegen die Unterstützung tierquälerischer Herstellungsformen zu entscheiden.

Art. 10 Abs. 4

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Artikel als Kann-Bestimmung ausgestaltet ist. Die Berichtigung einer Falschdeklaration ist zwingend zu verfügen, falls der Mangel nicht innerhalb einer 30-tägigen Frist behoben wird.

Art. 10 Abs. 4 ist daher wie folgt zu formulieren:

"Wird eine fehlerhafte Deklaration nicht innerhalb von 30 Tagen vom Tag der Information der zuständigen Person durch das BLV angerechnet behoben, verfügt das BLV die Berichtigung der Deklaration."

Art. 12

Ein Verstoss gegen die Pelzdeklarationsverordnung muss zwingend ein verwaltungsrechtliches Verfahren nach sich ziehen. Es kann nicht sein, dass es eine Ausnahmejustiz für Händler_innen tierquälerisch Hergestellter Produkte gibt.

Art. 12 der Pelzdeklarationsverordnung verweist bezüglich der strafrechtlichen Verfolgung von Verstössen auf Art. 11 des Konsumenteninformationsgesetzes vom 5. Oktober 1990 (KIG, 944.0). Dessen Abs. 3 räumt den zuständigen Behörden zwar einen bestimmten Handlungsspielraum ein. Die Bestimmung grenzt diesen jedoch insoweit ein, als für ein Absehen von der Bestrafung ein "besonders leichter Fall" vorliegen muss. Die Rechtsprechung hat an die Bejahung eines leichten Falls stets hohe Anforderungen gestellt und den Verzicht auf eine Bestrafung nur dann als legitim erachtet, wenn eine noch so geringe Strafe als stossend erscheinen würde.

Daraus folgt nach Auffassung der LSCV, dass der Anwendungsbereich von Art. 11 Abs. 3 KIG nur bei untergeordneten Mängeln wie z.B. Rechtschreibfehler anwendbar ist. Ein besonders leichter Fall kann nur dann vorliegen, wenn zugunsten des Anbietenden angenommen werden kann, dass die in der Pelzdeklarationsverordnung geforderte Transparenz über Haltungsform, Herkunft und Tierart noch als erfüllt betrachtet werden kann, d.h. der Konsument trotz des Mangels noch in der Lage ist, eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Eine andere Auslegung würde bedeuten, dass jegliche Verletzung von Art. 3-7 der Pelzdeklarationsverordnung per se als besonders leichter Fall bewertet würde. Dies sogar im Extremfall, in dem die Deklaration gänzlich fehlt. Eine solche Anwendung der Bestimmungen würde im Ergebnis zu einer absoluten Entwertung der gesamten Verordnung führen, denn ihrer Verletzung würde damit automatisch Bagatelldarakter zugeschrieben.

Etwas anderes ergibt sich nach unserer Auffassung auch nicht aus der Anwendung der Art. 52-54 StGB. Die Strafbefreiung nach Art. 52 StGB ist von den kumulativ zu erfüllenden Bedingungen abhängig, dass sowohl die Schuld als auch die Tatfolgen gering sind. Für Verstöße gegen die Pelzdeklarationsverordnung kann das nur bedeuten, dass die Gefahr für eine Transparenzverletzung im Einzelfall als vernachlässigbar gering bewertet werden kann und den fehlbaren Anbieter nur ein geringes Verschulden trifft. Das Verhalten des Täters muss im Vergleich zu typischen unter dieselbe Gesetzesbestimmung fallenden Taten sowohl hinsichtlich des Verschuldens als auch bezüglich der Tatfolgen als unerheblich erscheinen, sodass eine Bestrafung offensichtlich unangemessen wäre. Ein Automatismus verbietet sich daher von selbst. Anbieter können sich als Adressaten der Verordnung somit nicht automatisch auf ein geringes Verschulden berufen. Die Verordnung nimmt sie gerade in die Pflicht, Pelzprodukte entsprechend den Vorgaben zu deklarieren. Die Herstellung des gesetzlich vorgeschriebenen Zustands kann auch nicht als Wiedergutmachung im Sinne von Art. 53 StGB gewertet werden. Letztlich dürfte in aller Regel auch keine besondere Betroffenheit des Täters im Sinne von Art. 54 StGB vorliegen.

Die LSCV ist daher der Auffassung, dass bei festgestellten Verstößen gegen die Pelzdeklarationsverordnung parallel zum Verwaltungsverfahren im Normalfall zwingend auch ein Verwaltungsstrafverfahren zu führen ist. In Einzelfällen kann ein Absehen von der Bestrafung zur Vermeidung von Härtefällen gerechtfertigt sein. Ein diesbezüglicher Automatismus ist aus den vorstehend genannten Gründen aber nicht zulässig. Parallel geführte Verfahren sind in unserer Rechtsordnung ausdrücklich vorgesehen und dienen verschiedenen Zwecken, die je für sich zu verfolgen sind.

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2a	Die LSCV begrüsst die geplante Änderung, wonach Pelzprodukte, die an Konsumenten abgegeben werden, neu ausdrücklich mit der Angabe "Echtpelz" versehen werden müssen.	Jedoch sind ein Mindestmass, Formatierung und Sichtbarkeit dieser Angabe vorzuschreiben, ansonsten wird diese Deklaration wie bisher unter diversen Etiketten auf der Innenseite des Produkts versteckt. Wir schlagen vor: <ul style="list-style-type: none"> • Label in Rot Farbcode f20000 • Grösse mindestens A5 • Jederzeit von aussen sichtbar
4 Abs. 4	Art. 4 Abs. 4 ist zu streichen. Bereits im 2012 veröffentlichten Vernehmlassungsentwurf zur Pelzdeklarationsverordnung war die Möglichkeit der Angabe "Herkunft unbekannt" vorgesehen. Nachdem dies von verschiedenen Vernehmlassungsteilnehmern stark kritisiert worden war, fand die betreffende Bestimmung jedoch keinen Eingang in die definitive Version der Verordnung. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Angabe "Herkunft unbekannt" nun doch ermöglicht werden soll. Von einem Händler muss erwartet werden dürfen, dass er das Land, aus dem ein Tier stammte, dessen Fell er verkauft, nennen kann. Ist er hierzu nicht in der Lage, sollte er das betreffende Produkt auch nicht anbieten dürfen. Darüber hinaus birgt die Deklarationsmöglichkeit "Herkunft unbekannt" grosses Missbrauchspotenzial. So besteht die Gefahr, dass die Herkunft von Fellen aus Staaten mit tiefen Tierschutzstandards durch eine solche Angabe verschleiert wird.	Streichen
5 Abs. 2	Die LSCV begrüsst die geplante Anpassung der Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit der Angabe der Gewinnungsart der Felle grundsätzlich, da die bislang verlangten Angaben zum Teil wenig aussagekräftig und nicht	Die Art der Gewinnung ist wie folgt anzugeben:

	<p>eindeutig voneinander abgrenzbar sind. Allerdings sollte die Klarstellung, dass unter der Angabe "Gruppenhaltung" stets Gruppenhaltung ohne Gitterböden zu verstehen ist, nicht nur in den Erläuterungen, sondern auch im Verordnungstext selbst erfolgen.</p> <p>Aus Gründen der Transparenz sollten zudem Jagd- und Haltungsarten, die in der Schweiz untersagt sind, auch klar als solche auszuweisen sein, analog zur Deklaration von Eiern, wie sie in Art. 4 der Verordnung über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion (LDV; SR 916.51) vorgeschrieben ist.</p>	<p>a. bei einem Wildfang: "aus in der Schweiz nicht zugelassener Fallenjagd" oder "aus den Anforderungen der Schweizer Tierschutz- und/oder Jagdgesetzgebung nicht genügender Jagd ohne Fallen". Auf den Hinweis, dass die Jagd den Anforderungen der Schweizer Tierschutz- und/oder Jagdgesetzgebung nicht genügt, kann bei der Angabe "Jagd ohne Fallen" verzichtet werden, wenn das Gegenteil nachgewiesen werden kann.</p> <p>b. bei Zuchttieren: "aus den Anforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung nicht genügender Gruppenhaltung ohne Gitterböden" oder "aus in der Schweiz nicht zugelassener Käfighaltung mit Gitterböden". Auf den Hinweis, dass die Haltung den Anforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung nicht genügt, kann bei der Angabe "Gruppenhaltung ohne Gitterböden" verzichtet werden, wenn das Gegenteil nachgewiesen werden kann.</p>
Art. 5 Abs. 3	<p>Diese Bestimmung ist ersatzlos zu streichen. Die Deklaration der Gewinnungsart des Fells ist aus der Sicht des Tierschutzes mindestens so wichtig wie jene der Tierart, von der dieses stammt. Darf ein Händler ein Pelzprodukt nicht an seine Kundschaft weitergeben, ohne die Tierart nennen zu können – wie es in Art. 3 vorgesehen ist –, muss dies folglich erst recht für den Fall gelten, dass er über die Art der Gewinnung keine Auskunft geben kann.</p>	Streichen



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de l'intérieur DFI
**Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV**
Droit

Consultation relative à la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures Consultation du 11 février 2019 au 17 mai 2019

Avis de

Nom / entreprise / organisation / service : Ligue suisse contre l'expérimentation animale et pour les droits des animaux

Sigle de l'entreprise / organisation / service : LSCV

Adresse, lieu : Chemin des Arcs-en-Ciel 3, 1226 Thônex

Interlocuteur : Luc Fournier

N° de téléphone : 022 349 73 37

Adresse électronique : l.fournier@lscv.ch

Date : 16.05.2019

Remarques importantes :

1. Nous vous prions de ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Merci d'utiliser une ligne séparée par article.
3. Veuillez faire parvenir votre avis au **format Word** d'ici au 17 mai 2019 à l'adresse suivante:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Office fédéral de la sécurité alimentaire et
des affaires vétérinaires OSAV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Berne
Tél. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.osav.admin.ch

Table des matières

1. [Remarques générales sur la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures](#)
2. [Remarques sur les différentes dispositions](#)

1	Remarques générales sur la modification de l'ordonnance sur la déclaration des fourrures
	Remarques d'ordre général
	<p>La LSCV soutient la disposition visant l'obligation d'indiquer « fourrure véritable » sur les étiquettes. Pour le reste, nous ne pouvons que regretter l'affaiblissement de l'ordonnance en regards des modifications proposées.</p> <p>Nous regrettons surtout que l'article 9 concernant la question des contrôles n'ait pas fait l'objet de propositions de la part de l'OSAV, tant l'inefficacité de son travail a été maintes fois démontrées depuis l'entrée en vigueur de l'ordonnance. Il est absurde de produire une ordonnance si aucun moyen sérieux n'est mis en place pour permettre son application. La faiblesse des émoluments facturés par l'OSAV aux magasins vendant des fourrures non ou mal étiquetées démontre aussi que ce service n'a pas la volonté que l'ordonnance puisse viser son objectif, tel que prévu par le Conseil fédéral : informer le consommateur.</p>

2 Remarques sur les différentes dispositions

Remarques d'ordre général

Art.	Commentaires / remarques	Proposition de modification (texte)
2a	La LSCV soutient cette nouvelle disposition, qui apporte une information importante pour les clients	
4, al. 4	Il doit impérativement être précisé que cette disposition ne peut s'appliquer qu'aux produits qui font l'objet d'une revente et dont la conception est antérieure à l'entrée en vigueur de l'ordonnance. En cas contraire, cela ouvre la porte à des déclarations d'origine inconnue par convenance, ou parce qu'il est commercialement préférable de rester vague sur la provenance d'un produit plutôt que d'indiquer qu'il provient par ex. de Chine, dont les procédés d'abattage des animaux sont négativement connus d'une partie du public	Si la région géographique de provenance de la peau ne peut être établie, la déclaration « provenance inconnue » doit y être apposée. Cette disposition ne peut être appliquée que pour des peaux produites avant l'entrée en vigueur de l'ordonnance ou qui composent des articles faisant l'objet d'une revente.
5, al. 2, let. b	Contrairement à ce qui est écrit dans le rapport explicatif, il existe de nombreux cas où <u>des petits animaux sont détenus à plusieurs dans des cages intégralement grillagées</u>. Il serait donc possible qu'un producteur mentionne « élevage en groupe », alors que les animaux sont détenus misérablement sur des surfaces grillagées, puisque l'ordonnance n'interdit pas cette possibilité.	s'il s'agit d'un animal d'élevage : « élevage en groupe sur sol en dur », « élevage en groupe sur sol grillagé » ou « élevage en cage sur sol grillagé ».



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizer Tierschutz STS
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : STS
Adresse, Ort : Dornacherstrasse 101, 4018 Basel
Kontaktperson : Dr. Samuel Furrer
Telefon : 061 3659999
E-Mail : samuel.furrer@tierschutz.com
Datum : 10.5.2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. [Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
2. [Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1 Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Allgemeine Bemerkungen

Die Einführung der Pelzdeklarationsverordnung im Jahre 2013 hat leider nicht die Wirkung gezeigt, die man sich von ihr erhofft hat, nämlich einen Rückgang des Verkaufs von tierquälerisch erzeugten Pelzen und Pelzprodukten. Im Gegenteil nahm in den letzten Jahren der Import von Pelz in die Schweiz sogar deutlich zu! Zudem kümmern sich viele Verkäufer gar nicht ernsthaft um eine korrekte Deklaration. Das ist auch kein Wunder, denn Verstösse wurden unseres Wissens bis jetzt noch nie strafrechtlich geahndet. Wenn, dann gab es bloss Ermahnungen und - wie regelmässige Kontrollen von Tierschutzvereinen zeigen – blieben diese Mahnungen wirkungslos. Anstatt an dieser offenbar nutzlosen Verordnung herumzuschrauben, sollte der Bundesrat jetzt lieber den Import von Qualpelz in die Schweiz verbieten! Die dafür notwendigen Rechtsgrundlagen bestehen bereits (Art. 14 TSchG) und spätestens seit dem Robbenfall weiss man, dass man solche Importbeschränkungen WTO-tauglich machen kann!

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art 2a	Der STS begrüsst diese Änderung. Der Laie kann heute Echtpelz kaum noch von Kunstpelz unterscheiden.	
Art 4. Abs 4	Gemäss den Erläuterungen des Bundes bezieht sich die Bezeichnung 'Herkunft unbekannt' auch auf die Gewinnungsart. Dies darf nicht sein. Im Erläuterungstext ist diesbezüglich Klarheit zu schaffen. Ist sowohl die Herkunft wie auch die Gewinnungsart eines Pelzes nicht zu eruieren, dann ist der Verkauf dieser Produkte zu verbieten. Die Information zur Herkunft eines Felles ist wichtig. Der STS wünscht, dass beobachtet wird, ob die Bezeichnung 'Herkunft unbekannt' zukünftig häufig verwendet wird. Sollte dies der Fall sein, so braucht es hier strengere Vorschriften, um Transparenz zu schaffen und dieses 'Schlupfloch' wieder zu schliessen.	
Art 5 Abs 2 Bst d, 2bis	Änderungen sinnvoll. Eine Herden- oder Rudelhaltung in Zuchten entspricht nicht der Realität.	
Art 5 Abs 3	Der STS hat die Pelzdeklarationspflicht bei ihrer Einführung als notwendige und sinnvolle Konsumenteninformation begrüsst. Zu einer Deklaration gehört aber zwingend, dass sich die Konsumierenden über Herkunft und Gewinnungsart des Produktes informieren können. Die Formulierung dieses Absatzes führt zu einer Verwässerung der Deklarationspflicht und ist deshalb zu streichen. Ist die Gewinnungsart eines Pelzes nicht zu eruieren, dann ist der Verkauf dieser Produkte zu verbieten. Die Regelung „wer die Gewinnungsart nicht kennt, muss sie auch nicht angeben“ bewirkt genau das Gegenteil von dem, was die Verordnung eigentlich will: nämlich Transparenz! Warum? Die Endverkäufer sind letztendlich froh, wenn sie die (meist unschöne) Gewinnungsart nicht deklarieren müssen. Ein Händler, der ihnen	Abs streichen Forderung: Import- und Handelsverbot für Pelze und Pelzprodukte mit unbekannter Gewinnungsart

	die Gewinnungsart nicht nennen kann (z.B. weil er die Pelze auf intransparenten Märkten oder Auktionen erworben hat), kommt ihnen daher gelegen! Und diejenigen Händler und Verarbeiter, die sich um die Transparenz kümmern, werden zunehmend Mühe haben, ihre Produkte abzusetzen, weil bei ihren Produkten die (problematische) Gewinnungsart deklariert werden muss.	
Art 7 Abs 1	keine Bemerkungen	



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Stiftung für das Tier im Recht
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : TIR
Adresse, Ort : Rigistrasse 9, 8006 Zürich
Kontaktperson : Andreas Rüttimann
Telefon : 043 443 06 43
E-Mail : ruettimann@tierimrecht.org
Datum : 17.5.2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

- [1. Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
- [2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1 Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Allgemeine Bemerkungen

Die Stiftung für das Tier im Recht (TIR) ist der Auffassung, dass eine blosser Deklarationspflicht für Pelzprodukte aus Tierschutzsicht nicht ausreichend ist. Die im Ausland üblichen Pelzgewinnungsmethoden stellen nach Massstab des Schweizer Tierschutzrechts klare Tierquälereien im Sinne von Art. 26 TSchG dar. Entsprechend produzierte Pelze und Pelzerzeugnisse sollten nach Ansicht der TIR gar nicht in die Schweiz gelangen dürfen. Ein Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte wäre daher dringend geboten. Nur mittels eines solchen liesse sich verhindern, dass durch eine inländische Nachfrage Pelzproduktionsformen im Ausland gefördert werden, die von einem Grossteil der Schweizer Bevölkerung klar abgelehnt werden. Die TIR hat in einem in Zusammenarbeit mit Experten im Bereich des internationalen Rechts verfassten Rechtsgutachten nachgewiesen, dass ein solches Importverbot auch mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar wäre (Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).

Dennoch nimmt die TIR zu den vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über die Deklaration von Pelzen und Pelzprodukten gerne Stellung. Darüber hinaus möchte sie bei dieser Gelegenheit folgende Anpassungsvorschläge und Anmerkungen zur Deklarationsverordnung anbringen:

Art. 4 Abs. 3

Art. 4 Abs. 3 ist zu streichen. Von einem Händler muss erwartet werden dürfen, dass er das Land, aus dem ein Tier stammte, dessen Fell er verkauft, nennen kann. Die Angabe eines grösseren "geografischen Raums" ist insofern wenig aussagekräftig, als die tierschutzrelevanten Rechtsakte in der Regel von den einzelnen Staaten für ihr Gebiet erlassen werden, womit die Tierschutzbestimmungen auch innerhalb eines zusammenhängenden Gebiets teilweise stark voneinander abweichen können. Durch die blosser Kenntnis des grösseren geografischen Raums, aus dem ein Pelzprodukt stammt, kann der Konsument daher nur sehr bedingt Schlüsse bezüglich der dort vorherrschenden Tierschutzstandards ziehen.

Art. 6

Dieser Artikel ist ersatzlos zu streichen. Nur die drei grössten Fellanteile der Deklarationspflicht zu unterstellen, ist willkürlich und sachlich nicht gerechtfertigt. Felle von dieser auszunehmen, nur weil sie in einem Produkt verarbeitet werden, das noch grössere Bestandteile anderer Felle enthält, ist nicht nachvollziehbar. Die Bedeutung der Deklaration eines Fells hängt nicht davon ab, ob dieses allein oder gemeinsam mit weiteren Fellen an den Kunden abgegeben wird.

Die Bestimmung birgt zudem die Gefahr, dass grössere Pelzprodukte als "Verwertungsanlagen" für Felle dienen, die aus Fallenjagd oder Käfighaltung mit Gitterböden stammen. Diese könnten so weiterhin in grosser Zahl ohne Deklaration an die Kundschaft weitergegeben werden. Damit würde die Verordnung teilweise ausgehöhlt. Bei allen Produkten, die mehr als drei Felle enthalten, wäre der Konsument nicht mehr in der Lage, sich bewusst für oder gegen die Unterstützung tierquälerischer Herstellungsformen zu entscheiden.

Art. 10 Abs. 4

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Artikel als Kann-Bestimmung ausgestaltet ist. Die Berichtigung einer Falschdeklaration ist zwingend zu verfügen, falls der Mangel nicht innerhalb einer 30-tägigen Frist behoben wird.

Art. 10 Abs. 4 ist daher wie folgt zu formulieren:

"Wird eine fehlerhafte Deklaration nicht innerhalb von 30 Tagen vom Tag der Information der zuständigen Person durch das BLV an gerechnet behoben, verfügt das BLV die Berichtigung der Deklaration."

Art. 12

Im Rahmen eines Briefwechsels wurde der TIR seitens des BLV im Frühjahr 2017 mitgeteilt, dass die Feststellung eines Verstosses gegen die Pelzdeklarationsverordnung in der Regel nur dann ein Verwaltungsstrafverfahren zur Folge hat, wenn zunächst der Aufforderung des BLV, die fehlerhafte Deklaration zu beheben, nicht nagekommen und danach auch einer entsprechenden Verfügung, mit der die Berichtigung angeordnet wird, keine Folge geleistet werde. Ein solches Vorgehen ist nach Ansicht der TIR jedoch rechtswidrig.

Art. 12 der Pelzdeklarationsverordnung verweist bezüglich der strafrechtlichen Verfolgung von Verstössen auf Art. 11 des Konsumentinformationsgesetzes vom 5. Oktober 1990 (KIG, 944.0). Dessen Abs. 3 räumt den zuständigen Behörden zwar einen bestimmten Handlungsspielraum ein. Die Bestimmung grenzt diesen jedoch insoweit ein, als für ein Absehen von der Bestrafung ein "besonders leichter Fall" vorliegen muss. Die Rechtsprechung hat an die Bejahung eines leichten Falls stets hohe Anforderungen gestellt und den Verzicht auf eine Bestrafung nur dann als legitim erachtet, wenn eine noch so geringe Strafe als stossend erscheinen würde.

Daraus folgt nach Auffassung der TIR, dass der Anwendungsbereich von Art. 11 Abs. 3 KIG nur bei untergeordneten Mängeln wie z.B. Rechtschreibfehler anwendbar ist. Ein besonders leichter Fall kann nur dann vorliegen, wenn zugunsten des Anbietenden angenommen werden kann, dass die in der

Pelzdeklarationsverordnung geforderte Transparenz über Haltungsform, Herkunft und Tierart noch als erfüllt betrachtet werden kann, d.h. der Konsument trotz des Mangels noch in der Lage ist, eine fundierte Entscheidung zu treffen.

Eine andere Auslegung würde bedeuten, dass jegliche Verletzung von Art. 3-7 der Pelzdeklarationsverordnung per se als besonders leichter Fall bewertet würde. Dies sogar im Extremfall, in dem die Deklaration gänzlich fehlt. Eine solche Anwendung der Bestimmungen würde im Ergebnis zu einer absoluten Entwertung der gesamten Verordnung führen, denn ihrer Verletzung würde damit automatisch Bagatelldarakter zugeschrieben.

Etwas anderes ergibt sich nach unserer Auffassung auch nicht aus der Anwendung der Art. 52-54 StGB. Die Strafbefreiung nach Art. 52 StGB ist von den kumulativ zu erfüllenden Bedingungen abhängig, dass sowohl die Schuld als auch die Tatfolgen gering sind. Für Verstöße gegen die Pelzdeklarationsverordnung kann das nur bedeuten, dass die Gefahr für eine Transparenzverletzung im Einzelfall als vernachlässigbar gering bewertet werden kann und den fehlbaren Anbieter nur ein geringes Verschulden trifft. Das Verhalten des Täters muss im Vergleich zu typischen unter dieselbe Gesetzesbestimmung fallenden Taten sowohl hinsichtlich des Verschuldens als auch bezüglich der Tatfolgen als unerheblich erscheinen, sodass eine Bestrafung offensichtlich unangemessen wäre. Ein Automatismus verbietet sich daher von selbst. Anbieter können sich als Adressaten der Verordnung somit nicht automatisch auf ein geringes Verschulden berufen. Die Verordnung nimmt sie gerade in die Pflicht, Pelzprodukte entsprechend den Vorgaben zu deklarieren. Die Herstellung des gesetzlich vorgeschriebenen Zustands kann auch nicht als Wiedergutmachung im Sinne von Art. 53 StGB gewertet werden. Letztlich dürfte in aller Regel auch keine besondere Betroffenheit des Täters im Sinne von Art. 54 StGB vorliegen.

Die TIR ist daher der Auffassung, dass bei festgestellten Verstößen gegen die Pelzdeklarationsverordnung parallel zum Verwaltungsverfahren im Normalfall zwingend auch ein Verwaltungsstrafverfahren zu führen ist. In Einzelfällen kann ein Absehen von der Bestrafung zur Vermeidung von Härtefällen gerechtfertigt sein. Ein diesbezüglicher Automatismus ist aus den vorstehend genannten Gründen aber nicht zulässig. Parallel geführte Verfahren sind in unserer Rechtsordnung ausdrücklich vorgesehen und dienen verschiedenen Zwecken, die je für sich zu verfolgen sind.

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2a	Die TIR begrüsst die geplante Änderung, wonach Pelzprodukte, die an Konsumenten abgegeben werden, neu ausdrücklich mit der Angabe "Echtpelz" versehen werden müssen.	
4 Abs. 4	<p>Art. 4 Abs. 4 ist zu streichen. Bereits im 2012 veröffentlichten Vernehmlassungsentwurf zur Pelzdeklarationsverordnung war die Möglichkeit der Angabe "Herkunft unbekannt" vorgesehen. Nachdem dies von verschiedenen Vernehmlassungsteilnehmern stark kritisiert worden war, fand die betreffende Bestimmung jedoch keinen Eingang in die definitive Version der Verordnung. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Angabe "Herkunft unbekannt" nun doch ermöglicht werden soll.</p> <p>Von einem Händler muss erwartet werden dürfen, dass er das Land, aus dem ein Tier stammte, dessen Fell er verkauft, nennen kann. Ist er hierzu nicht in der Lage, sollte er das betreffende Produkt auch nicht anbieten dürfen. Darüber hinaus birgt die Deklarationsmöglichkeit "Herkunft unbekannt" grosses Missbrauchspotenzial. So besteht die Gefahr, dass die Herkunft von Fellen aus Staaten mit tiefen Tierschutzstandards durch eine solche Angabe verschleiert wird.</p>	Streichen
5 Abs. 2	Die TIR begrüsst die geplante Anpassung der Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit der Angabe der Gewinnungsart der Felle grundsätzlich, da die bislang verlangten Angaben zum Teil wenig aussagekräftig und nicht eindeutig voneinander abgrenzbar sind. Allerdings sollte die Klarstellung, dass unter der Angabe "Gruppenhaltung" stets Gruppenhaltung ohne Gitterböden zu verstehen ist, nicht nur in den Erläuterungen, sondern auch im Verordnungstext selbst erfolgen.	<p>Die Art der Gewinnung ist wie folgt anzugeben:</p> <p>a. bei einem Wildfang: "aus in der Schweiz nicht zugelassener Fallenjagd" oder "aus den Anforderungen der Schweizer Tierschutz- und/oder Jagdgesetzgebung nicht genügender Jagd ohne Fallen". Auf den Hinweis, dass die Jagd den Anforderungen der Schweizer Tierschutz- und/oder Jagdgesetzgebung nicht genügt,</p>

	<p>Aus Gründen der Transparenz sollten zudem Jagd- und Haltungsarten, die in der Schweiz untersagt sind, auch klar als solche auszuweisen sein, analog zur Deklaration von Eiern, wie sie in Art. 4 der Verordnung über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion (LDV; SR 916.51) vorgeschrieben ist.</p>	<p>kann bei der Angabe "Jagd ohne Fallen" verzichtet werden, wenn das Gegenteil nachgewiesen werden kann.</p> <p>b. bei Zuchttieren: "aus den Anforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung nicht genügender Gruppenhaltung ohne Gitterböden" oder "aus in der Schweiz nicht zugelassener Käfighaltung mit Gitterböden". Auf den Hinweis, dass die Haltung den Anforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung nicht genügt, kann bei der Angabe "Gruppenhaltung ohne Gitterböden" verzichtet werden, wenn das Gegenteil nachgewiesen werden kann.</p>
Art. 5 Abs. 3	<p>Diese Bestimmung ist ersatzlos zu streichen. Die Deklaration der Gewinnungsart des Fells ist aus der Sicht des Tierschutzes mindestens so wichtig wie jene der Tierart, von der dieses stammt. Darf ein Händler ein Pelzprodukt nicht an seine Kundschaft weitergeben, ohne die Tierart nennen zu können – wie es in Art. 3 vorgesehen ist –, muss dies folglich erst recht für den Fall gelten, dass er über die Art der Gewinnung keine Auskunft geben kann.</p>	<p>Streichen</p>



Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Swiss Textiles Textilverband Schweiz
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : Swiss Textiles
Adresse, Ort : Beethovenstrasse 20 / Postfach / 8022 Zürich
Kontaktperson : Liliane Sieber
Telefon : 044 289 79 35
E-Mail : liliane.sieber@swisstextiles.ch
Datum : 10. April 2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

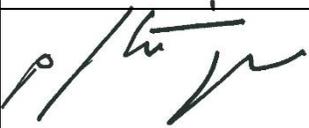
Inhaltsverzeichnis

- [1. Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
- [2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1	Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
	Allgemeine Bemerkungen
	<p>Swiss Textiles ist der Dachverband der schweizerischen Textil- und Bekleidungsindustrie. Wir repräsentieren gut 200 Firmen, die in der Schweiz rund 13'000 Mitarbeitende beschäftigen. Unsere Mitglieder zeichnen sich dadurch aus, dass sie sehr innovativ, stark international ausgerichtet und in Nischenmärkten tätig sind. Bei den meisten Unternehmen handelt es sich um KMU mit 10-50 Beschäftigten. Zahlreiche dieser Firmen sind inhabergeführt. Wir haben die zur Vernehmlassung vorgeschlagenen Anpassungen unseren Mitgliedfirmen im Bekleidungssektor zur Stellungnahme unterbreitet und lassen Ihnen nachstehend die eingegangenen Antworten zukommen. Von den befragten Bekleidungsfirmen haben insgesamt 24 Firmen geantwortet haben, was einer Beteiligung von fast 50% entspricht. Genau drei Firmen verarbeiten Pelzprodukte, zwei davon ausschliesslich Echtpelz, die andere Firma Echt- und Kunstpelz.</p> <p>Zusammengefasst wird die Einführung der verpflichtenden Deklaration von Echtpelz an gut sichtbarer Stelle und leserlich klar begrüsst. Ebenso die geplanten Präzisierungen im Bereich der Gewinnungsart der Pelze denn eine Herden- oder Rudelhaltung von Pelztieren in Farmhaltung entspricht kaum der Realität.</p> <p>Mit der Einführung der Pelzdeklarationsverordnung im Jahr 2012 bezweckte der Bundesrat damals insbesondere das Eindämmen der steigenden Einfuhren von Pelzprodukten aus Pelzen, die von Tieren aus schlechter Haltung stammen, indem die Konsumentinnen und Konsumenten besser informiert werden. Interessant wäre zu wissen, ob dieses erreicht wurde.</p> <p>Die zur Vernehmlassung stehenden Änderungen dienen insbesondere der Klarstellung und der Transparenz. Konsumenten sollen sich künftig vor einem allfälligen Kaufentscheid ein reales Bild vom Produkt machen können, damit sie genau wissen, ob es sich um Echt- oder Kunstpelz handelt, zumal diese beiden Pelzarten vom Laien nicht immer so klar zu unterscheiden sind. Ob damit der höher stehende Zweck, das Kaufverhalten des Konsumenten zu ändern, erreicht wird, bleibe dahingestellt.</p>

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2 lit. a	Die verpflichtende Deklaration von Echtpelz wird allseitig klar begrüsst. Diese Ergänzung dient der Aufklärung des Konsumenten und räumt allfällige Missverständnisse von Beginn an aus dem Weg. Für Laien ist oft nicht klar unterscheidbar, ob es sich um echten oder um Kunstpelz handelt.	Keine Änderungen.
4 Abs. 4	Hintergrund der geplanten Anpassung ist die Tatsache, dass auf Pelzauktionen oft nicht klare Angaben über die Herkunft und die Gewinnungsart der Pelze und Pelzprodukte weitergegeben würden und die Verkaufsstellen die Angaben für die Etikettierung somit nicht erhalten könnten. Deshalb soll neu die Angabe «Herkunft unbekannt» eingeführt werden. Von unseren Mitgliedern wird bei tierischen Produkten ganz klar eine Angabe verlangt resp. die vorgeschlagene Bezeichnung «Herkunft unbekannt» nicht unterstützt. Falls die Herkunft nicht bekannt ist, so sollen die entsprechenden Produkte nicht auf den Markt gebracht werden dürfen.	Es wird auf jeden Fall eine Herkunftsangabe verlangt. Die Angabe «Herkunft unbekannt» sei zu streichen.
5 Abs. 2 lit. b	Die ursprüngliche Bezeichnung «Käfighaltung mit Naturböden» soll neu gestrichen werden, da offenbar in der Praxis die Tiere aus hygienischen und ökonomischen Gründen nicht in Käfigen mit Naturböden gehalten würden. Anstatt von Rudel- bzw. Herdenhaltung soll neu von «Gruppenhaltung» gesprochen werden, da offenbar Tiere, die für die Verwendung in der Pelzindustrie bestimmt sind, praktisch nicht in Herden oder Rudeln gehalten würden. Wir können beiden Anpassungen zustimmen. Wichtig ist, dass eine klare und unmissverständliche Angabe zur Gewinnungsart gemacht wird.	Keine Änderungen.
5 Abs. 2bis 5 Abs. 3	Bei Kaninchen waren offenbar die früheren Bezeichnungen 'Käfighaltung mit Gitterböden' und 'Gruppenhaltung' nicht immer zutreffend, deshalb sollen neu weitere Bezeichnungen geschaffen werden. Kann nämlich die Gewinnungsart wegen mangelnder Informationen nicht präzise definiert werden, soll deklariert werden müssen, dass das Fell aus allen vier möglichen Gewinnungsarten stammen kann: Fallenjagd, Jagd ohne Fallen, Gruppenhaltung oder Käfighaltung mit Gitterböden.	Präzisieren.

	Aus unserer Sicht sind diese Präzisierungen immer noch zu ungenau und es sollen klare Angaben verlangt werden	
7 Abs. 1	Die Etikette mit den verpflichtenden Angaben ist derart anzubringen, dass diese fest mit dem Produkt verbunden ist und nicht leichtfertig entfernt werden kann.	Präzisieren.
Zürich, 10. April 2019	  Peter Flückiger Direktor Liliane Sieber Leitung Arbeitgeber- und Sozialpolitik	



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Schweizerischer Pelzfachverband
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : SwissFur
Adresse, Ort : Kapellenstrasse 14, 3001 Bern
Kontaktperson : Dr. Markus Hugentobler
Telefon : 058 796 99 00
E-Mail : mhugentobler@centrepatronal.ch
Datum : 17.04.2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. [Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
2. [Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1 Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung

Mit der Verordnung über die Deklaration von Pelzen und Pelzprodukten (Pelzdeklarationsverordnung) als auch deren vorgeschlagenen Anpassungen wird der politisch eingeschlagene Weg der Schaffung von Transparenz anstelle von Verboten konsequent weitergeführt. Die Verfolgung dieses Grundsatzes begrüßen wir sehr.

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2a	<p>Wie sich die Zeiten doch ändern! In früheren Tagen durfte aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nur als Pelz verkauft werden, was wirklich Pelz war, heute muss aus Konsumentenschutzgründen Echtpelz als solcher deklariert werden, damit den Konsumentinnen und Konsumenten (angeblich) Fakefur nicht als Echtpelz untergejubelt wird.</p> <p>Die Mitglieder von SwissFur sind immer noch stolz auf ihr Handwerk und begrüßen die Deklarationspflicht als Echtpelz sehr.</p>	Keine.
4 Abs. 4	<p>Die Deklaration "Herkunft unbekannt" folgt der bereits bisherigen Deklarationslogik von Art. 5 Abs. 3. Auch der Umstand, dass die Herkunft oder die Gewinnungsart nicht bekannt ist, stellt eine Deklaration dar, aufgrund derer die mündige Konsumentin selber entscheiden kann, ob sie das angebotene Produkt kaufen will oder nicht. Das ist konsequent und nicht zu beanstanden.</p>	Keine.
5 Abs. 2 lit. b	<p>Der begriffliche Bogen zwischen der Gruppenhaltung und den Gitterböden erscheint uns gar weit gespannt, weil da zwei verschiedene Ansätze miteinander vermengt werden. In Käfigen gibt es regelmässig Holznistboxen, in welche sich die Tiere zurückziehen können.</p>	b. bei Zuchttieren: "Gruppenhaltung" oder "Käfighaltung mit Gitterböden" oder "Käfighaltung mit Gitterböden und Holznistbox".
5 Abs. 3	<p>Als Konsequenz aus der vorgeschlagenen Änderung in Art. 5 Abs. 2 lit. b.</p>	... anzugeben: "Kann aus Fallenjagd oder Jagd ohne Fallen, aus Gruppenhaltung oder Käfighaltung mit Gitterböden oder Käfighaltung mit Gitterböden und Holznistbox stammen".
7 Abs. 1	<p>Diese rein technische Konsequenz aus Art. 2a begrüßen wir.</p>	Keine.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
**Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV**
Recht

Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : VP
Adresse, Ort : Enzianweg 4, 8048 Zürich
Kontaktperson : Lucia Oeschger
Telefon : 043 311 80 90
E-Mail : lucia.oeschger@vier-pfoten.org
Datum : 17.5.2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und
Veterinärwesen BLV
Schwarzenburgstrasse 155, 3003 Bern
Tel. +41 58 463 30 33
info@blv.admin.ch
www.blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

- [1. Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
- [2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1	Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
	Allgemeine Bemerkungen
	<p>Die Stiftung für Tierschutz VIER PFOTEN hält nach wie vor an einer Importverbotsforderung von Pelzprodukten fest. Eine Deklarationspflicht für Pelzprodukte ist aus Tierschutzsicht nicht ausreichend. Nach Schweizer Tierschutzgesetz Art. 26 stellen die im Ausland üblichen Pelzgewinnungsmethoden klare Tierquälereien dar. Solche Pelzprodukte sollten nach Ansicht von VIER PFOTEN somit gar nicht erst in die Schweiz gelangen. Eine repräsentative Umfrage von VIER PFOTEN im April 2018 hat zudem ergeben, dass die Mehrheit (77 %) der Schweizer Bevölkerung ein Importverbot von Pelzprodukten, die nicht dem Schweizer Tierschutzstandard entsprechen, klar befürwortet. Darüber hinaus hat die Stiftung für das Tier im Recht (TIR) in einem Rechtsgutachten nachgewiesen, dass ein solches Importverbot von Pelzprodukten mit den internationalen Handelsverpflichtungen der Schweiz vereinbar wäre (Rüttimann Andreas/Gerritsen Vanessa/Blattner Charlotte, Zulässigkeit von Beschränkungen des Handels mit tierquälerisch hergestellten Pelzprodukten, Schriften zum Tier im Recht, Band 16, Zürich/Basel/Genf 2017).</p> <p>VIER PFOTEN nimmt dennoch gerne Stellung zu den vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über die Deklaration von Pelzen und Pelzprodukten.</p> <p>Generell begrüsst VIER PFOTEN jegliche Verschärfung der Pelzdeklarationsverordnung. Solange solche Pelzprodukte in die Schweiz gelangen, ist es absolut wesentlich, den Konsumentinnen und Konsumenten grösstmögliche Transparenz zu bieten, so dass jede und jeder einen bewussten Kaufentscheid für oder gegen ein Produkt fällen kann. Hierzu ist eine eindeutige Kennzeichnung mit allen notwendigen Angaben zwingend erforderlich. VIER PFOTEN begrüsst insbesondere die Änderung, dass Pelzprodukte neu ausdrücklich mit "Echtpelz" beschriftet werden müssen (Art. 2a). Auch die Anpassung der Begrifflichkeiten der Pelzgewinnungsarten wird begrüsst (Art. 5 Abs. 2), es besteht aber noch Optimierungspotenzial. Klar abzulehnen ist hingegen das Schlupfloch «unbekannte Gewinnungsart» (Art. 5 Abs. 3). Ebenso lehnt VIER PFOTEN es nach wie vor ab, die Angabe «Herkunft unbekannt» einzuführen (Art. 4 Abs. 4). Beide Bestimmungen bergen erhebliches Missbrauchspotenzial.</p>

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2a	VIER PFOTEN begrüsst die geplante Änderung zur Erweiterung der Informationspflicht und gesteigerten Transparenz, wonach Pelzprodukte neu ausdrücklich mit der Angabe «Echtpelz» versehen werden müssen. Für Konsumentinnen und Konsumenten muss zwingend klar ersichtlich sein, ob es sich um ein Produkt aus Echtpelz oder Kunstpelz handelt, denn für Laien ist dies oft nicht erkennbar.	
Art. 4 Abs. 4	<p>Art. 4 Abs. 4 ist zu streichen. Einerseits muss von Händlern erwartet werden dürfen, dass sie wissen, woher ihre Ware stammt. Produkte, deren Herkunft nicht eruiert werden kann, sollten gar nicht erst in den Handel gelangen. Andererseits birgt die Formulierung "Herkunft unbekannt" erhebliches Missbrauchspotenzial. Es besteht die Gefahr, dass die Herkunft von Fellen aus Regionen mit tiefen Tierschutzstandards durch die Angabe "Herkunft unbekannt" verschleiert wird. Diese Bestimmung ist somit klar abzulehnen.</p> <p>Breits im 2012 veröffentlichten Vernehmlassungsentwurf zur Pelzdeklarationsverordnung war die Möglichkeit «Herkunft unbekannt» vorgesehen. Diese vorgesehene Bestimmung wurde jedoch nach massiver Kritik wieder verworfen. Es ist somit nicht nachvollziehbar, weshalb die Angabe «Herkunft unbekannt» nun doch ermöglicht werden soll.</p>	streichen
Art. 5 Abs. 2	VIER PFOTEN begrüsst die mit der Überarbeitung und Berichtigung einhergehende Vereinfachung der Begrifflichkeiten zur Angabe der Pelzgewinnungsart grundsätzlich. Allerdings sollte die Klarstellung, dass unter der Angabe "Gruppenhaltung" stets Gruppenhaltung ohne Käfighaltung und ohne Gitterböden gemeint ist, nicht nur in den Erläuterungen, sondern auch im Verordnungstext selbst erfolgen.	<p>Die Art der Gewinnung ist wie folgt anzugeben:</p> <p>a. bei einem Wildfang: "aus in der Schweiz nicht zugelassener Fallenjagd" oder "aus den Anforderungen der Schweizer Tierschutz- und/oder Jagdgesetzgebung nicht genügender Jagd ohne Fallen". Auf den Hinweis, dass die Jagd den Anforderungen der Schweizer</p>

	Zudem sollten aus Gründen der Transparenz Jagd- und Haltungsarten, die in der Schweiz untersagt sind, auch klar als solche deklariert werden, analog zur Deklaration von Eiern, wie sie in Art. 4 der Verordnung über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion (LDV; SR 916.51) vorgeschrieben ist.	Tierschutz- und/oder Jagdgesetzgebung nicht genügt, kann bei der Angabe "Jagd ohne Fallen" verzichtet werden, wenn das Gegenteil nachgewiesen werden kann. b. bei Zuchttieren: "aus den Anforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung nicht genügender Gruppenhaltung ohne Gitterböden" oder "aus in der Schweiz nicht zugelassener Käfighaltung mit Gitterböden". Auf den Hinweis, dass die Haltung den Anforderungen der Schweizer Tierschutzgesetzgebung nicht genügt, kann bei der Angabe "Gruppenhaltung ohne Gitterböden" verzichtet werden, wenn das Gegenteil nachgewiesen werden kann.
Art. 5 Abs. 3	Diese Bestimmung ist ersatzlos zu streichen. Aus Tierschutzsicht ist die Deklaration der Gewinnungsart eines Fells mindestens so wichtig wie die Tierart, von der das Fell stammt. Waren, bei denen die Angabe der Gewinnungsart nicht möglich ist, sollen nicht in Umlauf gebracht werden. Darüber hinaus besteht auch hier ein erhebliches Missbrauchsrisiko. Es ist zu befürchten, dass ein Grossteil der Händlern lieber auf ebendiese Formulierung von Art. 5 Abs. 3 zurückgreift, anstatt ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass ein Fell aus Fallenjagd oder Käfighaltung mit Gitterböden stammt.	streichen
Art. 7 Abs. 1	VIER PFOTEN begrüsst diese Bestimmung. Einzig und allein die eindeutige Kennzeichnung von Pelzprodukten inklusive aller notwendigen Angaben ermöglicht es den Konsumentinnen und Konsumenten, einen bewussten Kaufentscheid für oder gegen ein Produkt zu fällen. Hierzu gehört in erster Linie die explizite Angabe, ob es sich um Echtpelz oder Kunstpelz handelt.	



Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : WWF Schweiz
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt :
Adresse, Ort : Hohlstrasse 110, Postfach, 8010 Zürich
Kontaktperson : Doris Calegari
Telefon : 044 297 22 37
E-Mail : doris.calegari@wwf.ch
Datum : 8.5.2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word**-Dokument bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. [Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
2. [Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen](#)

1	Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung
	Allgemeine Bemerkungen
	<p>Der WWF Schweiz bedankt sich für die Einladung zur Anhörung zur Verordnung über die Deklaration von Pelzen und Pelzprodukten (Änderung der Pelzdeklarationsverordnung). Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr.</p> <p>Als internationale Umweltschutzorganisation setzt sich der WWF für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der globalen Biodiversität ein. Transparente Information der Konsumenten erachten wir dabei als ein wichtiges Element, um auf der Nachfrageseite das Bewusstsein für bedrohte Wildtiere und ihre Nutzung zu stärken.</p> <p>Grundsätzlich stärken die vorgeschlagenen Änderungen aus unserer Sicht die Transparenz. Skeptisch bleiben wir gegenüber der Deklarationsmöglichkeit «Herkunft unbekannt» und schlagen deshalb ein Monitoring über die Häufigkeit der Verwendung dieser Deklaration vor.</p>

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
2a	Der WWF begrüsst die klare Deklarationspflicht der Echtheit des Pelzes sehr und sieht den Begriff «Echtpelz» als Kernelement der Konsumenten-Information.	
4 Abs. 4	Der WWF bedauert, dass die Möglichkeit geschaffen wird, die Deklaration «Herkunft unbekannt» anzubringen. Wir sind uns allerdings bewusst, dass es beispielsweise bei Pelzkäufen auf Auktionen nicht möglich ist, die Herkunft der Felle immer zuzuordnen und sind deshalb mit der pragmatischen Lösung einverstanden. Es ist uns aber ein grosses Anliegen, dass a) kontrolliert wird, ob die Deklaration «Herkunft unbekannt» nicht in einem Masse zunimmt, dass die Deklarationsverordnung ihren Zweck nicht mehr erfüllen kann und b) bei einer allfälligen Einführung einer Pelzdeklarationspflicht in den EU-Staaten diese Deklarationsmöglichkeit wieder überprüft wird, da die Käufer bzw. Einfuhrländer dann präzisere Deklarationen verlangen können.	
5 Abs. 2 & 3	Wir begrüssen, dass die Begriffe Herdenhaltung und Rudelhaltung durch den Begriff Gruppenhaltung abgelöst werden. Ebenso begrüssen wir die Aufzählung der vier möglichen Gewinnungsarten.	
7 Abs. 1	Wir sind sehr erfreut, dass die Echtheit des Pelzes neben Herkunft und Gewinnungsart neu klar angegeben werden muss.	



Vernehmlassung zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung Vernehmlassung vom 11.02.2019 – 17.05.2019

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation / Amt : Zürcher Tierschutz
Abkürzung der Firma / Organisation / Amt : ZT
Adresse, Ort : Zürichbergstrasse 263, 8044 Zürich
Kontaktperson : Nadja Brodmann
Telefon : 044 261 43 36
E-Mail : nbrodmann@zuerchertierschutz.ch
Datum : 10. Mai 2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Bitte pro Artikel eine eigene Zeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am 17.05.2019 an folgende E-Mail-Adresse:
vernehmlassungen@blv.admin.ch

Inhaltsverzeichnis

1. [Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung](#)
2. Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

1	Allgemeine Bemerkungen zur Änderung der Pelzdeklarationsverordnung (PDV)
	Allgemeine Bemerkungen
	<p>Wir begrüssen die Einführung einer klaren Deklaration der Echtheit des Pelzes in der PDV.</p> <p>Die neue Bezeichnung «Herkunft unbekannt» lehnen wir hingegen klar ab. Bei Pelz-Produkten mit unbekannter Herkunft ist von schlimmsten Produktionsbedingungen für die Tiere (und die Arbeitnehmenden) auszugehen. Hier sollte die gleiche Handhabung gelten wie bei Fleisch, Fisch und Geflügelprodukten gemäss Lebensmittel- & Gebrauchsgegenstände-Verordnung (LGV, Art. 39): Das heisst also, dass die Herkunft obligatorisch schriftlich zu deklarieren ist. Wir fordern hiermit, den Verkauf und Handel mit Pelzprodukten unbekannter Herkunft strikte zu verbieten.</p> <p>Der Sinn und Zweck der PDV ist Transparenz für die Kundschaft. Somit widerspricht eine «Herkunft unbekannt»-Angabe den Zielen der Verordnung. Zudem zeigen Modehäuser wie z.B. PKZ, dass es gut möglich ist, ein breites Sortiment verschiedenster Pelzartikel von bekannten Quellen anzubieten. Lieferanten, welche die Herkunft der Pelzwaren nicht belegen können, sollen künftig keine Produkte mehr an Schweizer Abnehmer verkaufen dürfen. Die Lieferanten werden dadurch motiviert, rückverfolgbare Handelsketten zu bevorzugen. Alles andere ist tierschützerisch und ethisch inakzeptabel.</p> <p>Die landwirtschaftliche Deklarationsverordnung (LDV) schreibt vor, dass Fleisch und Eier, die aus Käfighaltung stammen, bei der Abgabe an den Endverbraucher obligatorisch gekennzeichnet werden müssen. Analog zu Käfig-Eiern und Käfig-Kaninchenfleisch sollte auch bei Pelz der Wortlaut «Aus in der Schweiz nicht zugelassener Käfighaltung (mit Gitterböden)» bzw. «Aus in der Schweiz nicht zugelassenem Fallenfang» eingeführt werden. Noch deutlicher und für die Konsumentenschaft einfacher verständlich wäre es, wenn hierbei der Begriff «nicht zugelassen» durch «verboten» ersetzt würde.</p> <p>Wir begrüssen neue Bezeichnungen für die Haltung von Zuchttieren, weil die Begriffe Herden- oder Rudelhaltung für die übliche Farmhaltung völlig unpassend sind. Insbesondere die Bezeichnung «Käfighaltung mit Gitterböden» ist sinnvoll. Hingegen ist die Bezeichnung «Gruppenhaltung» nicht zielführend. Der Begriff ist beschönigend und irreführend, weil er positiv aufgefasst wird. Viele Pelztierarten leben solitär oder monogam, so dass Gruppenhaltung grossen Stress für sie bedeutet. Hingegen werden Pelz-Kaninchen stets in Einzelkäfigen gehalten, obwohl sie als hochsoziale Tiere in Gruppen zu halten wären.</p> <p>→ Der Begriff «Gruppenhaltung» sagt nichts aus über die Haltungsform, ob sie tiergerecht ist oder nicht – das ist aber das entscheidende Kriterium für die Käuferschaft!</p>

Wir schlagen daher **analog zur LDV** vor, dass **anstatt «Gruppenhaltung»** neu **«aus in der Schweiz zugelassener (bzw. «nicht zugelassener») Haltungsfom»** deklariert werden soll. Diese Bezeichnungen können dann inländische sowie auch ausländische Produzenten verwenden, die nachweislich die Schweizer Tierschutzvorgaben einhalten.

Dank der Bezeichnung «aus in der Schweiz nicht zugelassener (oder: verbotener) Haltungsfom» können alle anderen, **tierschutzwidrigen** Haltungsfomen, die keine Käfighaltung mit Gitterböden umfassen, klar verständlich beschrieben werden. Dazu zählen auch Käfige mit Naturböden, wie sie veraltet z.T. noch in China vorkommen oder enge Pelztierhaltungen in Betonbuchen, etc.

Bei Kaninchenpelzen «aus in der Schweiz zugelassener Haltungsfom» begrüßen wir eine erweiterte positive Auslobung, schlagen aber hier nun die wichtige Unterscheidung zwischen tiergerechter **«Gruppenhaltung auf Einstreu»** in Buchten (meist Masttiere) bzw. nicht-tiergerechter **«Einzelhaltung auf Einstreu»** in Boxen (meist Zuchttiere bzw. Rassezucht) vor.

Bei unbekannter Gewinnungsart ist davon auszugehen, dass es sich um billige Qualpelze (aus Käfighaltung mit Gitterböden oder grausamem Fallenfang) handelt, daher sollen nur die negativen Begriffe aufgezählt und die positiv-beschönigenden Begriffe eliminiert werden. Anstatt «Kann aus... stammen» wäre die Formulierung «Stammt mit hoher Wahrscheinlichkeit aus...» passender.

Da die vorgesehenen Gebühren bei Verstößen gegen die PDV lachhaft sind, schlagen wir eine massive Erhöhung des Stundenansatzes sowie happige Strafgebühren vor, insbesondere bei wiederholten Verstößen gegen die Gesetzgebung! Ignorante Unternehmen müssen mit so hohen Geldstrafen belegt werden, dass sie abgeschreckt werden. Ansonsten werden sie dazu eingeladen, die PDV weiterhin nicht ernst zu nehmen. Ein paar Hundert Franken sind insbesondere für grosse Modehäuser völlig irrelevant. Erst wenn die Strafgebühren richtig weh tun, werden die uneinsichtigen Unternehmen zum Handeln gezwungen. Alles andere ist eine Verschwendung von Steuergeldern, weil sonst jährliche Nachkontrollen gemacht werden müssen.

2 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Allgemeine Bemerkungen

Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Art. 2a	Die Ergänzung, dass künftig die Deklaration «Echtpelz» auf jedem Artikel anzubringen ist, bedeutet aus Tierschutzsicht eine klare Verbesserung! Die Ergänzung sollte sich aber nicht nur auf Personen beschränken, sondern allgemeingültig formuliert werden. Wichtig ist, dass in den Begrifflichkeiten auch Online-Shops enthalten sind!	Jede natürliche oder juristische Person, die ... (oder:) Jede Person oder Verkaufsstelle, die... (oder, passiv formuliert:) Jedes Produkt, das Echtpelz enthält und zum Erwerb angeboten wird, muss eindeutig mit dem Hinweis «Echtpelz» versehen sein.
Art. 4, Abs. 4	Auf die Einführung dieser Bezeichnung ist zu verzichten, weil sie dem Sinn & Zweck der PDV widerspricht und Transparenz verhindert. → Solche Produkte dürfen gar nicht in den Verkauf gelangen, ebenso wie andere tierische Produkte gemäss LGV (Art. 39)! Modehäuser wie PKZ zeigen, dass es genügend Lieferanten gibt mit klaren Herkunftsangaben.	«Herkunft unbekannt»: ersatzlos streichen!
Art. 5, Abs. 2 Bst. a	Anstatt nur Fallenjagd ist hier zu präzisieren, dass diese Jagdmethode hierzulande nicht zugelassen (= verboten) ist!	«Aus in der Schweiz nicht zugelassener Fallenjagd» (oder, noch besser:) «Aus in der Schweiz verbotener Fallenjagd»
Art. 5, Abs. 2 Bst. b	Die Bezeichnung «Gruppenhaltung» ist irreführend und beschönigend, weil sie das Entscheidende nicht benennt: Nerze sind Einzelgänger, daher ist Gruppenhaltung tierschutzwidrig. Kaninchen sind sozial lebende Tiere, daher ist Einzelhaltung tierschutzwidrig. Gruppenhaltung allein heisst keinesfalls, dass es sich um eine tiergerechte Haltung handelt – dies wird aber oft fälschlicherweise so verstanden! → Es geht nicht um Einzel- oder Gruppenhaltung, sondern darum, ob die Haltung tiergerecht ist oder nicht.	- Begriff «Gruppenhaltung» streichen! Stattdessen für Haltungssysteme nach CH-Vorbild: «Aus in der Schweiz zugelassener Haltungsform» . → Dieser Zusatz erlaubt Schweizer oder ausländischen Produzenten, welche die CH-Tierschutzverordnung erfüllen, die Pelze von Kaninchen (oder auch anderen Pelztieren) gegenüber jenen aus «Käfighaltung mit Gitterböden» deutlich abzugrenzen.

	<p>Was an Zuchtpelzen in die Schweiz kommt, stammt praktisch ausschliesslich aus Käfighaltung mit Gitterböden. Gruppenhaltungen auf grösseren Arealen ohne Käfige und Gitterböden gibt es unseres Wissens nicht – höchstens in Kleinmengen, die kaum in den Grosshandel und damit nicht in die Schweiz gelangen. In China existieren eventuell noch alte Käfige mit Naturböden, z.T. gibt es wohl auch enge Betonbuchten (z.B. für Biber) – aber allen diesen Haltungsformen ist gemeinsam, dass sie gemäss Schweizer Recht tier-schutzwidrig sind.</p> <p>Die Bezeichnung «Käfighaltung mit Gitterböden» ist zwar gut, sie sollte aber ergänzt werden, dass sie hierzulande nicht zugelassen und daher verboten ist (Wortlaut analog wie bei Eiern oder Fleisch aus Käfighaltung, gemäss LDV. Art. 3 und 4).</p> <p>Vorschlag: Reihenfolge tauschen! → das häufigste ist Käfighaltung mit Gitterböden (85-90% in CH-Läden), daher sollte dieser Begriff in der PDV zuerst stehen, gefolgt von «Aus in der Schweiz nicht zugelassener Haltungsform» und zuletzt aus zugelassener Haltungsform (mit den Präzisierungen für CH-konforme Kaninchenhaltungen).</p>	<p>Für Gruppenhaltungen, die nicht Käfige mit Gitterböden sind, aber die CH-Tierschutzverordnung verletzen, neu:</p> <p>«Aus in der Schweiz <u>nicht</u> zugelassener Haltungsform». Oder (noch besser): «Aus in der Schweiz <u>verbotener</u> Haltungsform».</p> <p>Statt nur «Käfighaltung mit Gitterboden» neu: «Aus in der Schweiz <u>nicht</u> zugelassener Käfighaltung mit Gitterböden». Oder (noch besser): «Aus in der Schweiz <u>verbotener</u> Käfighaltung mit Gitterböden».</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. «Käfighaltung mit Gitterboden» 2. «Aus in der CH nicht zugelassener Haltungsform» 3. «Aus in der Schweiz zugelassener Haltungsform»
<p>Art. 5, Abs. 2 Bst. b, 2^{bis}</p>	<p>Es ist zu begrüssen, dass Kaninchenpelze aus Haltungen gemäss CH-Tierschutzvorgaben präzisiert deklariert werden dürfen bezüglich der Haltungsform. Dabei ist aber nicht entscheidend, ob es Buchten oder Boxen sind, da kann sich der Normalbürger sowieso nichts darunter vorstellen. Entscheidend ist gerade bei Kaninchen, ob es sich um Einzelhaltung in Boxen oder um Gruppenhaltung in Buchten (i.d.R. BTS-Systeme) handelt!</p> <p>Neu soll die Boxenhaltung (Einzelhaltung, nicht tiergerecht) der Buchtenhaltung (strukturierte Gruppenhaltung mit Einstreu, tiergerecht) gegenübergestellt werden, indem die wichtigsten Haltungskriterien klar verständlich offenzulegen sind.</p> <p>Wenn die Kaninchen auch über Auslauf verfügen, soll dies als Zusatz am Schluss ergänzt werden dürfen.</p>	<ol style="list-style-type: none"> a. bei Rasse- oder Zuchtkaninchen (für die Mast): «Aus in der Schweiz zugelassener Einzelhaltung mit Einstreu» b. bei Mastkaninchen und Zibben-Gruppen: «Aus in der Schweiz zugelassener Gruppenhaltung mit Einstreu» c. «Aus in der Schweiz zugelassener Gruppenhaltung mit Einstreu und Auslauf»

<p>Art. 5, Abs. 2 Bst. b, 3</p>	<p>Ist eine Angabe zur Gewinnungsart nicht möglich, ist davon auszugehen, dass es sich um die häufigste, üblichste und billigste Produktionsart handelt, sprich um Käfighaltung mit Gitterböden bzw. Fallenfang (dies ist bei Kojoten, etc. die überall verbreitete Standard-Jagdmethod). Anstelle einer Wischi-Waschi-Bezeichnung wäre der Begriff «mit hoher Wahrscheinlichkeit» ehrlicher. Alle beschönigenden Begriffe sind zu vermeiden – wenn diese zutreffen würde, wären die Lieferanten schlau genug, sie auszuloben bzw. zu benennen. Da 85-90% der Pelzartikel aus Käfighaltung stammen, ist dieser Begriff vorweg zu nennen oder durch das Wort «insbesondere» zu verstärken.</p>	<p>«Stammt mit hoher Wahrscheinlichkeit aus in der Schweiz nicht zugelassener (verbotener) Fallenjagd oder insbesondere aus Käfighaltung mit Gitterböden.»</p> <p>(alternativ, aber weniger gut:) Kann aus in der Schweiz nicht zugelassener (verbotener) Fallenjagd oder insbesondere aus Käfighaltung mit Gitterböden stammen.</p>
<p>Art. 11</p>	<p>Der Stundenansatz von 200.- Fr. ist viel zu tief. Das schreckt niemanden ab. Daher ist er mindestens zu verdoppeln. Zudem ist eine happige Strafgebühr nötig bei Unternehmen, welche das Gesetz mehrfach missachten. Dies ist der Fall, wenn systematische Gesetzesverstösse vorliegen (d.h., dass die meisten Pelzprodukte mangelhaft oder gar nicht deklariert sind) oder wenn Unternehmen wiederholt gesetzeswidrig handeln.</p> <p>Es ist sicherzustellen, dass der Aufwand einer korrekten Deklaration deutlich kleiner ist als die Strafgebühren, sonst fehlt jeglicher Anreiz, korrekt zu deklarieren!</p>	<p>Der Stundenansatz beträgt 500.- Fr. Zusätzlich wird für systematische Verstösse gegen die PDV eine Strafgebühr von 5000.- Fr. erhoben. Mit jedem Wiederholungsfall verdoppelt sich die Höhe der Gebühr.</p>